



„WIR SIND DAS VOLK!“ FREIHEIT, EINHEIT UND EUROPA VOM HAMBACHER FEST BIS HEUTE

Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2009
im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz

Heft 45

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

ISSN 1610-3432

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Verantwortlich: Hans-Peter Hexemer

Leiter der Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Elke Steinwand

Hans-Peter Hexemer

Deutschhausplatz 12

55116 Mainz

Titelgestaltung: Petra Louis, Mainz, unter Verwendung eines

Fotos von picture alliance

Fotos: Klaus Benz

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2010

Druck: Satz + Druck Werum GmbH, Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: www.landtag.rlp.de

**„WIR SIND DAS VOLK!“
FREIHEIT, EINHEIT UND
EUROPA VOM HAMBACHER
FEST BIS HEUTE**

Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2009
im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz

INHALTSVERZEICHNIS

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

Landtagspräsident Joachim Mertes 5

GRUSSWORT

Ministerpräsident Kurt Beck 11

EINFÜHRUNG IN DIE PODIUMSDISKUSSION

Anke Plättner, Journalistin bei phoenix 15

IMPULSREFERAT

Professor Dr. Alfred Grosser 17

PODIUMSDISKUSSION

27

Jolanta Róża Kozłowska,
Generalkonsulin der Republik Polen

Prof. Dr. Andreas Rödder,
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

János Can Togay,
Direktor Collegium Hungaricum Berlin

Professor Dr. Alfred Grosser,
Publizist und Politologe, Paris

Joachim Mertes,
Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Moderation:

Anke Plättner, Journalistin bei phoenix in Berlin



BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Ich darf Sie alle ganz herzlich im Landtag begrüßen.

Vor 20 Jahren haben wir in diesem Saal am 18. Mai 1989 eine Festsitzung des Landtags begangen, in der wir die 40-jährige Wiederkehr der Annahme des Grundgesetzes durch den Landtag Rheinland-Pfalz gefeiert haben. Das Grundgesetz war für uns, für unsere Generation, für meine zumal, etwas ganz Besonderes. Es hat sich als Glücksfall erwiesen und ist bis heute ein Glücksfall geblieben.

Mein Amtsvorgänger, Landtagspräsident Dr. Volkert, sagte damals: „Noch ist das geteilte Deutschland im geteilten Europa bittere Realität.“ Unter dem Beifall von CDU, SPD und FDP forderte er „Freiheit nicht nur für die eigenen Landsleute, sondern auch für die vielen Millionen Menschen in Süd-Ost- und Ost-Mittel-Europa“.

Hier bei uns am Rhein, tief im Westen der Bundesrepublik, waren wir uns im Frühsommer 1989 noch nicht über die bahnbrechenden Veränderungen, die im Herbst 1989 ihren Anfang nehmen sollten, im Klaren. Welch große Bedeutung es haben sollte, einen polnischen Papst zu haben, ahnten wir noch nicht. Wir waren uns auch nicht im Klaren darüber, was die Arbeiterbewegung in Polen alles würde anstoßen und verändern können.

Ich freue mich, Sie alle hier im Plenarsaal des Landtags begrüßen zu dürfen und bin erfreut, dass das Thema bei Ihnen allen auf reges Interesse stößt. Ich freue mich, dass zahlreiche Abgeordnete hier sind, auch den Vorsitzenden der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten Theo Magin begrüße ich sowie den Bundestagsabgeordneten Michael Hartmann. Seien Sie alle herzlich willkommen!

Herr Ministerpräsident Beck, ich freue mich, Sie als Vertreter der Landesregierung in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Sie werden gleich noch ein Grußwort an uns richten. Zu uns gekommen sind auch Herr Professor Dr. Hofmann-Göttig, Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, der Landesdatenschutzbeauftragte Herr Wagner und der Direktor beim Landtag, Herr Dr. Brocker. Wir freuen uns, Sie alle hier begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen! Stellvertretend für die Judikative grüße ich den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs Koblenz, Herrn Professor Dr. Karl-Friedrich Meyer. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

Meine Damen und Herren, es war vor 20 Jahren für uns vollkommen undenkbar, was in der Folgezeit geschehen sollte. Möglicherweise haben wir die ersten Anfänge auch deshalb ignoriert, weil wir befürchteten, es sei schädlich, sich in die „innerstaatlichen Angelegenheiten“, wie man damals sagte, einzumischen. Im Mai 1989 hat sich dann in Ungarn der Eiserne Vorhang einen Spalt breit geöffnet. Ich freue mich deshalb, als Vertreter der ungarischen Perspektive Herrn János Can Togay, Direktor des Collegium Hungaricum in Berlin und Botschaftsrat der Ungarischen

Botschaft begrüßen zu dürfen. Sie sind Autor eines Buches über die deutsch-deutsche Einheit am Balaton. Lieber Herr Togay, willkommen im Landtag.

Bei uns hier im Westen wird viel zu selten zur Kenntnis genommen, welche elementare Bedeutung die osteuropäischen Staaten mit ihren Bürgerbewegungen für die Einheit von Deutschland und von Europa hatten. Gerade das Beispiel Ungarns zeigt den enormen Mut, der dazu gehörte, die Grenzen zu öffnen – besonders vor dem Hintergrund, dass Ungarn in seiner Geschichte schon einmal für diesen Mut schwer bestraft worden war. Deshalb haben wir Wert darauf gelegt, einen Vertreter der ungarischen Perspektive einzuladen.

Zurück ins Jahr 1989. Damals waren die bevorstehenden Ereignisse noch Zukunftsmusik, von der fast niemand zu träumen wagte:

- Ich erwähnte bereits den polnischen Papst. Es ist uns erst viel später bewusst geworden, welche Bedeutung es hatte, zwei Millionen Menschen in Warschau zu einem Gottesdienst zu versammeln und zu sagen: „Fürchtet Euch nicht!“ – und das, nachdem gerade das Kriegsrecht ausgerufen war.
- Die Massenflucht der DDR-Bürger in die Botschaften von Budapest, Prag und Warschau im Herbst 1989,
- die Proteste vom 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR in Ostberlin und anderswo,
- der Fall der Berliner Mauer am 9. November,
- gar die Wiedervereinigung im Jahr darauf,
- die konkrete Aufbauhilfe, die z. B. auch die Verwaltung unseres Landtags beim Aufbau des Landtags von Thüringen geleistet hat,
- schließlich die friedliche Erweiterung der Europäischen Union um die zehn ersten Länder Osteuropas im Jahr 2004.

Solche Geschehnisse lagen für die Abgeordneten aller Fraktionen im Mai 1989 noch außerhalb der Vorstellungskraft und in weiter Ferne. Es kam über uns wie ein Sturm, allerdings ein guter Sturm.

Und heute? Auch heute sind diese Umwälzungen wieder in die Ferne gerückt, allerdings in die Ferne der Zeitgeschichtsschreibung. Darüber wird uns Herr Professor Andreas Rödder sicherlich einiges zu berichten wissen. Er hat als Zeithistoriker ein Buch über die Geschichte der Wiedervereinigung geschrieben. Von allen Podiumsteilnehmern hatte Herr Rödder von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sicherlich die kürzeste Anreise – herzlich willkommen hier im Landtag!

Meine Damen und Herren, für unsere Schulkinder ist die friedliche Revolution in der DDR ein Stoff wie die Französische Revolution, der Weg hinauf zum Hambacher Schloss im Jahr 1832 oder die gescheiterte deutsche Revolution von 1848/49. Sie wundern sich allenfalls, dass in diesen Tagen so euphorisch über Deutschlands Einheit berichtet wird. Meine Damen und Herren, wir sollten uns an dieser Stelle besonders bewusst machen, dass wir vor 20 Jahren etwas erlebt haben, das vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte keinesfalls selbstverständlich ist: Wir hatten auf deutschem Boden eine friedliche Revolution!

Meine Damen und Herren, gerade hier im Landtag steht es uns gut zu Gesicht, daran zu erinnern. Nicht nur, weil in Rheinland-Pfalz heute mehr als 130.000 Menschen aus den neuen Bundesländern leben und weil ihre Biografien somit auch zu einem Teil unseres Lebens geworden sind. Sondern auch deshalb, weil der Mut 100.000er Männer und Frauen bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig und den anderen Städten der DDR bis heute vorbildlich ist. Es waren die Menschen auf den Straßen, die „Wir sind das Volk!“ gerufen haben, die das diktatorische System der DDR ins Schwanken gebracht haben. Der Staat musste begreifen, dass er mit dem Volk nicht machen konnte, was er wollte. Zivilcourage, Mut zur Veränderung, persönliches Engagement – das

sind die Eigenschaften, die auch heute in unserer Demokratie dringend gebraucht werden.

An diese Eigenschaften möchte ich hier, unter der Original-Fahne vom Hambacher Fest stehend, erinnern. Die Farben Schwarz-Rot-Gold stehen für den Willen zu Freiheit, Einheit und politischer Veränderung, den die rund 30.000 Teilnehmer aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten und Nationen im Jahr 1832 aufbrachten. Unter ihnen waren auch zahlreiche Emigranten aus Polen, die zuvor in Warschau gegen den Zaren gekämpft hatten. Sie wurden in Hambach enthusiastisch begrüßt und stießen auf Gleichgesinnte.

Ich freue mich daher ganz außerordentlich, heute Abend auf dem Podium die Generalkonsulin der Republik Polen, Frau Jolanta Róža Kozłowska, begrüßen zu dürfen – willkommen im Landtag! Wir haben auch einige Vertreter von deutsch-polnischen Vereinigungen im Saal, seien auch Sie uns herzlich willkommen! Außerdem begrüße ich ein weiteres Mitglied des konsularischen Corps, den Generalkonsul der Republik Kroatien, Peter Uzorinak.

Meine Damen und Herren, die deutsche Geschichte nach 1832 ist allerdings nur phasenweise durch die Ideale von Hambach – Menschenrechte, Bürgerrechte, Pressefreiheit, Freiheit, Vaterland und Europa – bestimmt worden. Die Jahre zwischen 1933 und 1945 und der deutsche Überfall auf Polen sind der größtmögliche Gegensatz zu dem, was Hambach forderte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es glücklicherweise die deutsch-französische Freundschaft und die Einbindung in ein organisiertes und lebendiges Europa, die Deutschland aus dem Zivilisationsbruch herausgeführt haben. Ich begrüße daher sehr herzlich einen überzeugten Europäer und Verfechter der deutsch-französischen Freundschaft der ersten Stunde, Professor Alfred Grosser. Professor Grosser, Sie sind uns im Landtag immer wieder ein gern gesehener Gast. Zum letzten Mal waren Sie vor zwei Jahren hier, bei einer Veranstaltung, die den schönen Titel

„Mythos Rhein“ trug. Sie haben sich selbst einmal als einen um Deutschland „wohlwollend besorgten Außenstehenden“ charakterisiert. Das sind sie nicht. Sie sind ein wohlwollend besorgter Freund! Ich freue mich darauf, dass Sie unsere Podiumsdiskussion mit einem Impulsreferat eröffnen werden. Herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren, ich sagte es bereits: Unser freies und friedliches Europa von heute ist keineswegs selbstverständlich. So etwas übergehen zu wollen, wäre nicht nur geschichtsvergessen, sondern verantwortungslos. Darum führen wir Veranstaltungen wie diese durch. Für den heutigen Abend danke ich unserem Kooperationspartner, der Deutschen Gesellschaft e.V. für die organisatorische wie finanzielle Unterstützung und begrüße namentlich Frau Dr. Evelyn Bokler aus Berlin – willkommen im Landtag! Ebenfalls aus Berlin angereist ist die Moderatorin des heutigen Abends, Frau Anke Plättner von phoenix. Auch Ihnen ein Willkommen und Dankeschön dafür, dass Sie nachher unsere Runde moderieren werden.

Meine Damen und Herren, in einem Jahr werden wir im Landtag anlässlich des 20. Jahrestags der Deutschen Wiedervereinigung die Ausstellung „Damals in der DDR“ zeigen. Das hat der Ältestenrat so beschlossen. Erarbeitet hat die Ausstellung das zeitgeschichtliche Forum in Leipzig. Sie zeigt anhand von einzelnen Lebensgeschichten den Alltag in der DDR, aber fern von Ostalgie. Wir haben vor, durch die Ausstellung auch wieder Führungen für Schüler und Jugendliche anzubieten, um sie anzuregen, sich mit der Zeit der deutschen Teilung aktiv auseinanderzusetzen.

Nur wenn es uns gelingt, die Erinnerung an die deutsche Teilung und die Teilung Europas im Kalten Krieg auch bei unserer Jugend wachzuhalten, schaffen wir es auch, die Errungenschaft eines friedlichen und stabilen Europa, wie wir es heute haben, dauerhaft zu erhalten. Für heute wünsche ich ihnen einen ertragreichen Abend.



GRUSSWORT

MINISTERPRÄSIDENT KURT BECK

Verehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, verehrter lieber Herr Professor Groszer, verehrte Frau Generalkonsulin, sehr geehrte Damen und Herren, die Sie an diesem Diskussionspodium nachher teilnehmen: Ich grüße Sie auch meinerseits ganz herzlich und bedanke mich dafür, dass Sie gekommen sind und dass der Landtagspräsident diese Idee hatte, heute Abend über etwas zu sprechen, was in der Tat – wir sind gleich alt, der Landtagspräsident und ich – für uns keine greifbare Vision mehr war. Es ist aber auch wahr, dass wir die Hoffnungen nicht aufgegeben und uns dazu bekannt haben, dass in unserem Grundgesetz eine Präambel steht, die auf die Wiedervereinigung setzt. Aber dass wir es noch erleben durften, das war einfach nicht in unserer Erwartung.

Dann hat sich gezeigt, wie stark der Wille von Menschen ist zu Freiheit und Gerechtigkeit, wie stark der Wille von Menschen ist,

sich nicht drangsalieren und im wahrsten Sinne des Wortes einsperren zu lassen. Am Abend jenes 9. November 1989 hat eine Podiumsdiskussion in Landau stattgefunden. Der 9. November ist für die Deutschen ein ganz besonderer Tag. Er war bis zum Mauerfall überwiegend negativ besetzt. Wir haben über solche Fragen der Geschichte unter Politikern und Journalisten diskutiert. Ich werde nie vergessen, dass während der Diskussion einige auf die Bühne kamen und uns Zettel hingelegt haben. Auf ihnen stand: Da würden Leute über die Mauer steigen, da würden die Schranken aufgemacht werden.

Ich glaube, dass noch nie eine Diskussion so schnell und so abrupt beendet worden ist wie diese. Wir waren alle sehr erstaunt und sind nach kurzen Gesprächen schnell heim. Wahrscheinlich ging es Millionen von Menschen so, dass sie wie wir dann eine Nacht vor dem Fernseher verbracht haben mit einer Ergriffenheit und einer inneren Berührtheit, die etwas ganz Großartiges widergespiegelt hat: Respekt vor den Menschen, die dies bewirkt haben, und auf der anderen Seite auch ein wachsendes Bewusstsein darüber, was gerade passiert ist. Wir haben Jahrzehnte damit gelebt, dass es immer wieder Situationen gab, in denen mobilisiert worden ist, in denen die Frage in meinem Elternhaus und bei vielen Menschen eine Rolle gespielt hat: Kommt jetzt der nächste Weltkrieg? Es gab eine Krise nach der anderen, Sperrung der Transitwege nach Berlin usw. Und dann auf einmal heißt es: Die Mauer ist offen, die Menschen kommen, begegnen sich und freuen sich.

Ich glaube, dass wir nie vergessen dürfen: Zu aller Rationalität, ein solches Ereignis einzuordnen, gehört eben auch diese Emotionalität, die letztendlich die Zusammengehörigkeit lebendig hält. Aber das ist die eine Seite, die an unser Volk gerichtet ist, aber eine zweite kommt sicher hinzu: Die Dankbarkeit dafür, dass 1945 nicht wie nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem so genannten Deutsch-Französischen Krieg man sich gegenseitig, wer jeweils Sieger war, gedemütigt hat. Vielmehr ist diese große

Idee wieder aufgenommen worden, die ja lebendig war – Stresemann ist ein Name, der einem in diesem Zusammenhang einfällt. Er hat erkannt, Europa und Deutschland, das ist eine Schicksalsgemeinschaft. Wenn Deutschland je wieder auf die Füße kommen soll, dann muss es in einem zusammenwachsenden, ja geeinten Europa sein. Dass es möglich war, das ist uns in diesen Tagen der Emotionalität vielleicht nicht so klar gewesen, aber danach sehr bewusst geworden.

Ein Drittes will ich hinzufügen und unterstreichen dürfen, was Herr Landtagspräsident über Ungarn, Tschechien, Polen, Frankreich und über alle unsere europäischen Freunde, aber auch über die anderen Völker dieser Welt gesagt hat: Man hat uns Deutschen zugetraut, dass wir ein wiedervereinigtes Volk sein können und uns an die europäischen, die internationalen und die weltweiten Spielregeln halten. Das war wegen unserer Geschichte durchaus keine Selbstverständlichkeit aus dem Blickwinkel der Völker, die ab 1939 überfallen worden sind.

Dafür Dankeschön zu sagen, ist in diesen Tagen um den 9. November, um diesen 20. Jahrestag des Mauerfalls, Gelegenheit. Wir sollten diese Gelegenheit nutzen. Wir sollten wissen, welche Chance uns hier geboten worden ist. Es kommt darauf an, sie nicht im Kleinkarierten zu verspielen und im Alltag dann zu nüchtern damit umzugehen. Wir sollten vielmehr die Mauern in unseren Köpfen so wie die Mauer in Berlin noch beseitigen. Wir sollten auch unsere Bereitschaft aufrechterhalten, unsere Solidarleistung zu erbringen – das wird noch auf viele Jahre notwendig sein innerhalb Deutschlands – und unsere Kraft dafür einsetzen, dass diese Uridee, die die Wiedervereinigung möglich gemacht und getragen hat, neben vielen anderen politischen Entscheidungen, nämlich aus diesem Europa etwas Gemeinsames zu machen, dass dieser Gedanke nicht untergeht im Bürokratismus und in möglichen Streitereien, sondern dass diese großartige Vision lebendig erhalten wird. Wenn wir dazu einen kleinen Beitrag auch heute Abend leisten und wir uns das

in Erinnerung rufen und wachhalten, dann lohnt sich jede dieser Diskussionen.

Herzlichen Dank und noch einmal ein herzliches Willkommen an unsere Gäste, die heute hier mitdiskutieren.



EINFÜHRUNG IN DIE PODIUMSDISKUSSION

ANKE PLÄTTNER, JOURNALISTIN BEI PHOENIX

Ich darf mich auch noch kurz vorstellen, Anke Plättner ist mein Name, ich arbeite in Berlin für phoenix, aber keine Angst, ich bin in Rheinland-Pfalz aufgewachsen. Da meine Eltern Ende der 50er Jahre aus der DDR geflohen sind, kann ich auch persönlich mit den Begriffen „Einheit“ und „Freiheit“ etwas anfangen, vielleicht mehr, als manche das mit Mitte 20 tun konnten damals vor 20 Jahren. Dieses Gänsehautgefühl, wovon Sie eben auch noch einmal sprachen, Herr Beck, Herr Mertes, das hatte, glaube ich, jeder und nahezu jeder erinnert sich noch, was er an diesem 9. November gemacht hat.

Ich glaube, das geht auch jetzt in diesem Gedenkjahr vielen so, wenn sie die Bilder sehen von Menschen, die auf der Mauer tanzen. Dann erinnert man sich ganz genau daran und weiß genau, was es bedeutet, auch wenn es inzwischen in Berlin so ist, dass pinke T-Shirts mit grüner Aufschrift verkauft werden,

auf denen dann „20 Jahre Mauerfall“ steht. So einfach ist das dann inzwischen.

Ich freue mich sehr, dass Herr Professor Alfred Grosser den Impuls zu einer Diskussion gibt. Die Teilnehmer wurden Ihnen schon vorgestellt. Wir werden nachher ausführlich darüber sprechen: Freiheit, Einheit. Aus dem Satz „Wir sind das Volk!“ wurde letztendlich „Wir sind ein Volk!“, also Freiheit und Einheit zweier Geschwister.

Aber darüber kann Herr Professor Alfred Grosser viel besser Auskunft geben: von den Traditionen vom Hambacher Fest bis heute. Herr Professor Grosser, Sie haben das Wort, bitte schön!



IMPULSREFERAT

PROFESSOR DR. ALFRED GROSSER

Vielen Dank, lieber Ministerpräsident Beck, lieber Landtagspräsident Mertes, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht eine Sage um unter sehr ernstesten deutschen Historikern: Hambach sei unbedeutend, sei nur ein Mythos, es sei ja nichts geschehen.

Ein paar Revolutionäre stürmen 1789 ein Schloss in Paris, finden keine Gefangenen vor – es war ein Gefängnis – und töten nur den Gouverneur. Daraus wird das französische Nationalfest vom 14. Juli.

Johann Wolfgang von Goethe schrieb in seinem Bericht „Kampagne in Frankreich“ über die Kanonade von Valmy – in der eigentlich nicht viel geschah, denn der preußische General Herzog von Braunschweig wurde bestochen und wich zurück – „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus,

und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ Im Gegensatz zur Schlacht von Valmy ist in Hambach, im Jahr 1832, tatsächlich viel geschehen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an das Lied von Philipp Jakob Siebenpfeiffer erinnern, das lautet:

„Frisch auf, Patrioten, den Berg hinauf!
Wir pflanzen die Freiheit, das Vaterland auf.“

Das Vaterland, das damals getrennt war.

Er singt auch:

„Vor des Zaren finsterem Angesicht
Beugt der freiheitliebende Pole sich nicht.

...

Wir wollen uns gründen ein Vaterhaus
Und wollen der Freiheit es weihen;
Denn vor der Tyrannen Angesicht
Beugt länger der freie Deutsche sich nicht.“

Er singt von den Polen: Aus Polen kamen damals eine Menge Menschen als Flüchtlinge, als Vertriebene, weil die Repressionen so stark waren. Damals sorgte man für die Flüchtlinge, man hatte keine Angst vor ihnen. Das war damals anders. Auch Franzosen waren unter den Anwesenden, so dass Siebenpfeiffer ausrufen konnte:

„Es lebe das freie, das einige Deutschland! Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken, der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und unsere Selbständigkeit achten!“

Vielleicht dachte er dabei, „solange sie unsere Selbständigkeit achten“.

„Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört!“

Meine Damen und Herren, das ist Hambach.

In diesem Sinne sind die Freiheit und die Einheit in Hambach verkündet worden. Demokratische Überzeugungen konnten sich in der Folgezeit jedoch noch nicht auf deutschem Boden durchsetzen, man denke an die gescheiterte Revolution von 1848/49. Was folgte, ist der viel zitierte „Deutsche Sonderweg“. Doch auch in Frankreich scheiterte unter Napoleon III das demokratische Projekt von 1848.

Die Weimarer Republik war sehr zurückhaltend in ihrem Bekenntnis zu Hambach. Diese Zurückhaltung basierte auf dem Vertrag von Versailles, aber auch darauf, weil sie durch die Radikalen vom linken und rechten Rand des politischen Spektrums von innen heraus permanent bedroht wurde. Artikel 3 der Weimarer Reichsverfassung bringt diese Zerrissenheit zum Ausdruck: „Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold. Die Handelsflagge ist Schwarz-Weiß-Rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.“

Das Ende der Weimarer Republik kam am 23. März 1933, als alle Parteien, die für die wirtschaftliche Freiheit waren, Hitler das Recht gaben, alle Freiheiten per Ermächtigungsgesetz abzuschaffen. Nur Otto Wels sagte im Namen der Sozialdemokratie, im Namen „der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“ ‚Nein‘ zum Ermächtigungsgesetz.

Ich mache nun einen großen Sprung und komme zum Grundgesetz; denn zwischen dem Ende von Weimar und dem Grundgesetz klafft natürlich das enorme Loch, steht der Terror. Das Grundgesetz wurde deshalb bewusst als Ablehnung, als doppelte Ablehnung sogar, aufgebaut: Es lehnt den Nationalsozialismus der Vergangenheit ab, es lehnt aber auch den Kommunismus ab.

Als am 5. Januar 1995 ein Christdemokrat, Verteidigungsminister Volker Rühe, die erste deutsche Kaserne in Berlin eröffnete – bis dahin durften ja keine deutschen Soldaten in Berlin sein –, taufte er sie „Julius-Leber-Kaserne“, nach einem Sozialdemokraten und sagte: „Das Ethos des deutschen Widerstands prägt das Selbstverständnis der Bundeswehr.“

Dieser Grundüberzeugung folgte die deutsche Wiedervereinigung. Sie beruht auf einer gemeinsamen europäischen Wertebasis. Ich darf an die vielleicht schönste Rede, die Willy Brandt je gehalten hat, erinnern. Er hielt sie als Alterspräsident des ersten vereinten Bundestages am 20. Dezember 1990. Er sagte: „Unsere Freiheit hätten wir nicht bewahren können, wäre sie nicht durch die Atlantische Allianz und im wachsenden Maße durch die Prosperität und Solidarität der Europäischen Gemeinschaft geschützt worden. Zu den Gründervätern des vereinten Deutschlands zählen in diesem Sinne – wir sollten es nicht vergessen – die Urheber des Marshallplans und Männer wie Jean Monnet, die unseren Völkern den Weg nach Europa haben weisen helfen, noch ehe Hitler zur Hölle gefahren war.“

Auch ein anderer Franzose, der bei der großen Feier am 3. Oktober zugegen war hatte erkannt, dass die deutsche Einheit die erste Osterweiterung des freien Europas war: Jacques Delors. Der Beitritt Ungarns, Polens und der anderen Staaten im Jahr 2004 war die Erweiterung dessen, was die deutsche Einheit vor machte, nämlich die Erweiterung der Freiheit nach dem Osten Europas.

Das sind Sachverhalte, die das Bundesverfassungsgericht leider nicht verstanden hat. Denn wenn Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabonvertrag lesen, so wird klar, es verkennt völlig, was Europa eigentlich ist. Vielmehr geht es von einem überholten Souveränitätsbegriff aus. In allen Lehrbüchern der letzten 200 Jahre steht, dass Geld und Blut die Grundlage



von Souveränität bilden. Vom Blut ist Europa noch entfernt, es gibt schließlich noch keine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik, aber es gibt bereits eine gemeinsame Währung. In diesem Sinne verkennt das Bundesverfassungsgericht, was die Deutsche Einheit auch in diesem Punkt darstellt. Mit Vollendung der Wiedervereinigung wurde Artikel 23 gestrichen und durch den neuen Europaartikel ersetzt, in dem es heißt: „Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen.“ Auch im Einigungsvertrag steht ganz klar in Artikel 10 (3), das Gesamteuroparecht gilt für das erweiterte Deutschland: „Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften, deren Umsetzung oder Ausführung in die Zuständigkeit der Länder fällt, sind von diesen durch landesrechtliche Vorschriften umzusetzen oder auszuführen.“

Wer behauptet, der Zwei-plus-Vier-Vertrag gebe Deutschland die volle Souveränität, der irrt. Deutschland besitzt nicht mehr, aber auch nicht weniger Souveränität als alle anderen Mitglieder der Europäischen Union. Dabei handelt es sich um eine begrenzte

Souveränität. Eine Souveränität, die begrenzt wird durch die Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäische Union und durch all das, was in Europa gegenwärtig schon an Regelungen und Vorschriften besteht.

Gegenwärtig stellt Europa noch nicht einmal eine Konföderation von Staaten dar. Europa betreibt keine gemeinsame Außenpolitik und erst recht keine gemeinsame Militärpolitik – hat aber bereits dank des Europäischen Gerichtshofs zentrale Kompetenzen an sich gerissen. Das deutsche Bundesverfassungsgericht fürchtet scheinbar, in seinen Kompetenzen dem Europäischen Gerichtshof untergeordnet zu werden.

Worin aber besteht unsere gemeinsame europäische Wertebasis und wie kann sie vermittelt werden? Zunächst einmal: Gemeinsame Werte können unterrichtet werden. Aufgrund dieser Überzeugung habe ich den Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit in seinem Einsatz für den flächendeckenden Ethik-Unterricht an Berliner Schulen so gut es ging unterstützt. Nur in einem gemeinsamen Ethik-Unterricht, so meine Überzeugung, lassen sich universell gültige europäische Werte vermitteln. In den deutschen Kirchen wird das nicht gesehen, aber ich halte es mit dem französischen Laizismus.

Aber wie werden diese Werte bei uns respektiert? – Wenig. Wir Europäer haben die Todesstrafe abgeschafft. Deutschland hat sie bereits 1949 abgeschafft. Seitdem wurde sie in ganz Europa abgeschafft. Die Vereinigten Staaten von Amerika, ein enger Verbündeter von Europa, halten jedoch nach wie vor an der Todesstrafe fest. Oder denken wir an Guantanamo Bay. Doch wir müssen gar nicht über den großen Teich schauen, auch hier in Europa tun sich Missstände auf. Die menschenunwürdigen Bedingungen, die zum Teil in französischen Gefängnissen vorherrschen, wurden bereits mehrfach vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerügt.

Der Umgang mit Flüchtlingen – bei uns in Frankreich, aber auch bei Ihnen in Deutschland – ist inakzeptabel. Der deutsche Bischof Kamphaus sagte im Jahr 1986: „Jeder Fremde hat das Antlitz Christi.“ Ich kann nicht verstehen, dass weder die christlichen Parteien, noch die Sozialdemokraten diesem Grundsatz große Bedeutung beimessen.

Ich möchte an Johannes Rau erinnern, der in seiner Antrittsrede als neu gewählter Bundespräsident sagte, dass „die Würde des Menschen unantastbar ist – da steht nicht: die Würde der Deutschen, sondern da steht: die Würde des Menschen.“ Ich glaube, dies ist ein ganz wichtiger Punkt.

Es geht aber auch um anderes. Zum Beispiel sollte man glauben, dass das, was Ihr Bundespräsident am 5. Februar 2005 vor der Knesset sagte, auch dort Gültigkeit haben sollte, wo er es gesagt hat. Er sagte damals: „'Die Würde des Menschen ist unantastbar.' Diese Lehre aus den nationalsozialistischen Verbrechen haben die Väter unseres Grundgesetzes im ersten Artikel unserer Verfassung festgeschrieben. Die Würde des Menschen zu schützen und zu achten, ist ein Auftrag an alle Deutschen. Dazu gehört, jederzeit und an jedem Ort für die Menschenrechte einzutreten. Daran will sich die deutsche Politik messen lassen.“ Als ich dieses Zitat zum ersten Mal las, dachte ich, er weiß ja, dass die Palästinenser auch Menschen sind. Aber die hat er in seiner Rede, in diesem Zusammenhang jedenfalls, nicht mit einbezogen. Er sprach jedoch, wenngleich nur indirekt, von Hamas und ihrem vom Gaza-Streifen ausgehenden Terror gegen Israel. Ich glaube aber, dass die Art und Weise, wie die Menschenrechte der Araber und Moslems in Israel vergewaltigt werden, von Präsident Köhler ebenfalls Erwähnung hätte finden müssen. Dies wäre tatsächlich im Sinne seiner Rede gewesen, denn die Lehre aus der Überlieferung des Nationalsozialismus bedeutet, nicht nur gegen Antisemitismus anzugehen, sondern auch, wie gesagt, gegen Menschenrechtsverletzungen überall auf der Welt.

Es trifft sich, dass mindestens zwei Staaten heute noch nicht ganz verstanden haben, dass die Völker auf anderen Kontinenten ebenfalls Rechte besitzen. Am 11. September gab es nicht nur die Erinnerung an die Türme in New York. Es hätte auch die Erinnerung an Santiago de Chile geben sollen, wo an diesem Tag im Jahr 1973 ein Staatsstreich mit amerikanischer Unterstützung durchgeführt wurde, mit Wissen und Unterstützung von Außenminister Henry Kissinger. Diese Repression damals hat zu mindestens ebenso vielen Toten geführt wie der Einsturz der beiden Türme im Süden New Yorks. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben immer – begonnen im Jahr 1954 in Guatemala –, sobald amerikanische Interessen angerührt wurden, eine von Washington aus gesteuerte Revolte angezettelt, damit diejenigen, die beispielsweise eine Bodenreform durchführen wollten, einfach verschwanden.

Ich habe gerade darüber einen Artikel in einer französischen Zeitung geschrieben und gesagt: Wir Franzosen machen es nur ein bisschen besser. Denn mit unserer Politik in Afrika helfen wir den Herrschern, die das Geld aus Ölgeschäften mit Frankreich teilen, es in Schweizer Banken unterzubringen. Das Volk jedoch verharret im Elend. Das ist eine tiefe Verletzung derjenigen Werte, auf die wir uns berufen.

Deswegen ist für mich das Wesentliche, dass wir, wenn wir unsere so genannten europäischen Werte in der Welt verbreiten wollen, wirklich die Pflicht haben, zuerst einmal selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Das tun wir aber nicht. Die erste Pflicht wäre zum Beispiel, dass der Fremdenhass effektiver bekämpft wird, dass bei uns in Frankreich der tiefe Rassismus gegenüber den Arabern bekämpft wird. Vielmehr sollte die Gleichheit, die Chancengleichheit, hergestellt werden, für alle, die nicht dieselbe Herkunft haben. Dadurch wären wir dann wirklich beispielhaft.

In unserer heutigen Lage sind es diese europäischen Werte, die mit Hambach verknüpft werden, vorausgesetzt wir nehmen sie für

uns und unsere Politik ernst, dann dürfen wir uns auf diese Werte nicht nur berufen, sondern sollten uns auf sie berufen!

Warum? Was sind die Wurzeln? Die Wurzel ist – wie schon gesagt – die Würde eines jeden Menschen. Was ist die Grundlage? Wenn Sie den Widerspruch auf christlicher Seite sehen wollen, lesen Sie die letzte endlose Enzyklika des Papstes, in der er sich ständig widerspricht. Einmal heißt es: Nur wenn man Christ ist, besitzt man die Wahrheit, die erlaubt, Menschenliebe zu haben. Dann gibt es, Gott sei Dank, einige Stellen, an denen er sagt: Es gibt einen gemeinsamen Humanismus, und andere Stellen, an denen er sagt: Ein Humanismus ohne Gott ist eine Verleugnung der Humanität. Das würde mich betreffen.

Ich glaube, hier müssen wir sehen, dass wir zusammen mit christlichen und anderen Quellen, zum Beispiel die der Aufklärung, zusammengehen können. Wunderbar hat das der vorherige Papst in einer seiner letzten Schriften dargestellt. Es ist eine Schrift zum Ruhme der Aufklärung. Johannes Paul II. sagte: Die Aufklärung hat uns wieder gezeigt, dass Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auch christliche Werte sind. Man kann die Enzykliken von „Rerum Novarum“ bis zu „Centesimus annus“ nicht verstehen, wenn man nicht die Früchte der Aufklärung erkennt, die darin enthalten sind. Das ist die Gemeinsamkeit, für die wir kämpfen sollten.

Dieser moralische Anspruch ist auch für mich das Fundamentale von Hambach bis heute, insbesondere in der Bundesrepublik, die ja auf dieser politischen Ethik aufgebaut worden ist und nicht auf der Idee der Nation.



PODIUMSDISKUSSION

JOLANTA RÓŻA KOZŁOWSKA,
GENERALKONSULIN DER REPUBLIK POLEN

PROFESSOR DR. ANDREAS RÖDDER, UNI MAINZ

JÁNOS CAN TOGAY,
DIREKTOR COLLEGIUM HUNGARICUM BERLIN

PROFESSOR DR. ALFRED GROSSER

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

MODERATION: ANKE PLÄTTNER,
JOURNALISTIN BEI PHOENIX IN BERLIN

Anke Plättner:

Vielen Dank, Herr Professor Dr. Grosser. Ich möchte nun die anderen Podiumsteilnehmer bitten, ihre Stellungnahmen abzugeben. Alle Teilnehmer wurden bereits durch Herrn Landtagspräsidenten

Mertes vorgestellt: Ich begrüße Herrn János Can Togay, den Direktor des Collegium Hungaricum Berlin und Botschaftsrat der ungarischen Botschaft in Berlin, Frau Jolanta Róza Kozłowska, die Generalkonsulin der Republik Polen in Köln – früher in München –, die auch selbst eine bewegte Freiheitsgeschichte hinter sich hat, und Herrn Professor Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Frau Kozłowska, ich würde gern mit Ihnen beginnen. Herr Professor Dr. Grosser hat ausgeführt, es geht um die Werte, um die Verteidigung dessen, was uns etwas wert ist. Dies ist eigentlich vom Hambacher Fest bis heute geblieben. Schauen wir einmal nach Osteuropa, um daraus etwas zu lernen! – Wir haben gehört, der Fall der Mauer war eigentlich die erste Osterweiterung, aber in Polen gab es schon zuvor eine große Freiheitsbewegung. Frau Kozłowska, wie haben Sie die Freiheitsbewegung Ihres Landes erlebt?

Jolanta Róza Kozłowska:

Ich glaube, jeder Mensch hat in seinem Leben eine „politische Initiation“. Für mich war dies Gott sei Dank die Entstehung der Solidarność. Ich hatte damals allerdings noch keine Ahnung, wie wichtig die Solidarność für die Geschichte meines Landes und meine persönliche Lebensgeschichte werden würde.

Ich war noch sehr jung, als ich mich Ende der 70er Jahre, also einige Jahre vor Entstehung der Bewegung, ein wenig in der politischen Arbeit meines Vaters engagiert habe. Wir befanden uns damals in Polen mitten in einer Wirtschaftskrise. Es mangelte an allem: an Lebensmitteln und an Kleidung, für mich persönlich aber vor allem an einer Perspektive, an einer Lebensperspektive. Ich fühlte mich von der Welt abgeschnitten und isoliert, und war es ja auch. Es gab keine Reisefreiheit, denn es gab keinen Pass. Immer stand die bange Frage im Vordergrund, was weiter passieren würde.



Und plötzlich geschah etwas. Es war wie ein Wunder: Im Jahr 1978 – ich erinnere mich, es war ein grauer und dunkler Oktobertag, der 16. – wurde eine Nachricht veröffentlicht. Sie verbreitete sich nicht durch die Medien, sondern ging auf der Straße von Mund zu Mund: Woytila ist der neue Papst. Wir haben einen Papst! Das war für mich wie ein Wunder! Ich ging damals in ein Internat in Krakau zur Schule und war ihm bereits mehrmals persönlich als Schülerin begegnet, als er noch Kardinal war.

Das letzte Mal war ich ihm in Czestochowa begegnet. Wir nahmen dort an einem Musikfestival teil, kurz bevor er zum Papst gewählt wurde. Schon damals hat man gemutmaßt, er habe eine Chance zum neuen Papst gewählt zu werden, aber vielleicht war dies auch nur unser Wunsch. Niemand hätte gedacht, dass dieses Wunder einige Wochen später tatsächlich eintreten würde. Dieses Wunder war – wie man heute sagen würde – wie der Anfang eines Domino-Effektes in Europa. Wir Polen haben viel Hoffnung in unseren Landsmann auf dem Petrus-Thron gesetzt. Ich glaube, dies war die Quelle unseres Mutes. Wir waren mutig. Natürlich

waren auch die Ungarn oder im Jahr 1968 die Tschechen mutig. Auch wir hatten nach dem Krieg mehrere Aufstände verübt, aber die Wahl Woytilas zum Papst war wie eine Art Bestätigung, dass wir Polen ein Recht auf Freiheit haben, auf den Kampf gegen das kommunistische Regime.

Anke Plättner:

Also sie konnten sich mehr trauen. Das war wie eine Kraft.

Jolanta Róża Kozłowska:

Ja, wir konnten uns mehr trauen. Herr Landtagspräsident Mertes hat es schon erwähnt. Ich war an jenem 2. Juni 1979 auf dem Siegerplatz in Warschau, und Gott sei Dank bin ich dorthin gefahren. Heute weiß ich, dass dieser Aufruf, der eigentlich aus der Theologie kam, für Millionen Polen enorm wichtig war. Aber für uns war es nicht allein die Religion, sondern es war sozusagen die Bestätigung unseres Wunsches, unseres Traumes. So begann die Freiheitsbewegung für mich persönlich, für die ganze Nation und für Europa.

Anke Plättner:

Frau Kozłowska hat mir vorhin erzählt, dass sie während des Streiks 1980 auf der Leninwerft war. Erzählen Sie uns doch bitte, was Sie damals gespürt haben.

Jolanta Róża Kozłowska:

Mein Vater hat sich schon früh im Untergrund in einer oppositionellen Bewegung gegen den Kommunismus engagiert. Er hat sich für die Rechte der Landbevölkerung eingesetzt und eine Zeitschrift mitgegründet. Im Jahr 1978 gab es dann endlich, dank der KSZE-Schlussakte von Helsinki von 1975, die erste freie und unabhängige Bauerngewerkschaft. Sowohl Edward Gierek, der damalige Erste Sekretär der Polnischen

Vereinigten Arbeiterpartei, als auch Leonid Breschnew ratifizierten die Schlussakte von Helsinki, und dies war das Ventil für viele auch in Osteuropa, auf legalem Weg eine Gewerkschaft gründen zu können.

Ich glaube, zu diesem Zeitpunkt haben die Polen, insbesondere die Intellektuellen, verstanden, wie man den in Helsinki vereinbarten Prinzipienkatalog in die Praxis umsetzen kann. Das Regime hat sofort versucht, diese Bewegung zu verbieten, aber es war nicht mehr möglich. Aus diesen Unruhen entstand auch die Solidarność-Bewegung. Mein Vater wurde damals für seine Tätigkeit unter dem Vorwand verhaftet, er sei ein Krimineller, wie dies damals auch in der Sowjetunion üblich war. Als es dann im Sommer 1980 zur Streikwelle in Polen kam, saß er bereits im Gefängnis. Er war zu drei Jahren Haft verurteilt worden.

Ich habe zu Hause in München zusammen mit meiner Mutter, meinem Großvater und meinen Geschwistern über den Sender Radio Freies Europa die Nachricht vernommen, dass der Streik in Danzig gerade begonnen hatte. Zwei Tage später formulierten die Arbeiter der Werft ihre Postulate. In einem dieser 21 Postulate steht unter Punkt vier auch die Forderung der Freilassung der politischen Gefangenen. Es wurden drei Namen genannt, darunter war auch der Name meines Vaters.

Ich habe daraufhin meine Mutter überredet, mich nach Danzig fahren zu lassen, um mich im Namen der ganzen Familie bei den Arbeitern zu bedanken. Als ich in Danzig ankam, bin ich so Zeuge dieser wichtigen Minuten in Polens Geschichte geworden. Ich habe mich bedankt und bin zehn Tage, bis zum Abkommen am 31. August, in Danzig geblieben.

Ich habe auf Tischen übernachtet oder anderswo, zum Beispiel in einem Raum mit vielen westeuropäischen Journalisten. Wir verspürten damals aber auch Angst: Es kamen Gerüchte auf, die Sowjets stünden schon fast an der polnischen Grenze. Wir hatten

Angst, was mit uns passieren würde. Würde es zu einem Krieg kommen? Würden die Sowjets, die „Russki“, wie wir sagen, genauso reagieren wie in Ungarn 1956 oder in der Tschechoslowakei 1968? Ich weiß noch sehr genau, dass wir Diskussionen darüber geführt haben, ob es zu einem ähnlichen Szenario wie in Budapest oder Prag kommen könnte. Diese Gedanken waren in unseren Köpfen stets präsent. Auf der anderen Seite verspürten wir aber auch eine ungeheure Kraft und Euphorie. Und diese Euphorie hat sich Gott sei Dank durchgesetzt, wenngleich es – wie Sie alle wissen – 16 Monate später zur Ausrufung des Kriegszustandes kam, aber das ist eine andere Geschichte. Letztendlich hat die Freiheit gesiegt.

Anke Plättner:

Sie haben die Worte benutzt, es sei einem Wunder gleich gekommen, dass Woytila Papst wurde. Sie haben erwähnt, es sei eine Kraft gewesen. Dies sind oftmals Elemente, die man im Nachhinein gar nicht mehr so genau fassen und beschreiben kann.

Herr Professor Rödder, was glauben Sie, was verbindet Freiheitsbewegungen? – Wenn man sich verschiedene Freiheitsbewegungen in Europa vor Augen hält und den Mauerfall betrachtet, gibt es manchmal ganz kleine Details, die dazu führen, dass es beispielsweise friedlich verläuft? – Angela Merkel hat auf ihrer Wahlkampfturnee immer wieder an den ungarischen Grenzsoldaten erinnert, der irgendwann einfach die stürmenden DDR-Touristen nach Österreich gelassen hat, weil er seinen Vorgesetzten nicht erreichen konnte und entschieden hat, den Zaun zu öffnen. Er ist auf einmal ein Mann, der etwas bewegt. Was sind Ihrer Meinung nach die Auslöser?

Professor Dr. Andreas Rödder:

In diesen historischen Momenten kommen die großen Linien, die großen Ideen und die ganz kleinen, ganz konkreten Dinge zusammen. Was die Freiheitsbewegungen – von der polnischen



Freiheitsbewegung bzw. dem polnischen Aufstand von 1830/1831 über das Hambacher Fest bis hin zum „Deutschen Herbst von 1989“, der der ungarischen und der polnischen Entwicklung folgte – allesamt auszeichnet, ist natürlich die Idee der Freiheit und die Idee der Volkssouveränität, der Volkshoheit, wie es auf dem Hambacher Fest hieß, der Volkssouveränität, die dem Anspruch entgegengesetzt worden ist, die Partei hat immer recht. Dies ist sozusagen das Ferment, was die Freiheitsbewegungen einerseits getragen hat, aber dann natürlich immer auch der ganz konkrete Auslöser, die ganz konkrete Situation, die die Entwicklung in diese oder in jene Richtung treibt.

Sie haben ganz zu Recht vom ungarischen „Grenzpicknick“ in Sopron gesprochen und von Árpád Bella, der dort den Befehl, der ihn eigentlich gar nicht erreicht hat, antizipiert hat, die Menschen durchzulassen.

Oder denken Sie an ein anderes Beispiel: Am Freitag ist der 20. Jahrestag des 9. Oktober. Denken Sie an den 9. Oktober in

Leipzig vor der Nikolaikirche. Wir haben kürzlich über den 2. Juni 1967 in Berlin gesprochen, wo ein Polizist – ob nun in Verbindung mit der Staatssicherheit oder nicht – die Nerven verlor und jemanden erschossen hat. Stellen Sie sich einmal vor, was passiert wäre, wenn am 9. Oktober 1989 ein Polizist vor der Nikolai- kirche in Leipzig die Nerven verloren hätte, zwei Menschen erschossen hätte und es zu einer Massenpanik gekommen wäre. Ob der historische Prozess grundsätzlich völlig anders verlaufen wäre, ist eine andere Frage, aber er wäre jedenfalls dort anders verlaufen.

Eine andere Sache machen wir uns in Deutschland nicht immer klar: Nur, weil es gut gegangen ist, meinen wir, es hätte gut gehen müssen. Stellen Sie sich doch einmal vor, was passiert wäre, wenn es zu einem Übergriff auf sowjetische Truppen in der DDR, in Ungarn oder wo auch immer gekommen wäre. Ob dann die sowjetischen Truppen friedlich geblieben wären, ist eine ganz andere Frage. Wenn in diesem Fall dort militärische Gewalt eingesetzt worden wäre, würden wir heute auf ganz andere Ereignisse vor 20 Jahren zurückblicken.

Anke Plättner:

Herr Togay, soeben wurde der ungarische Soldat Árpád Bella angesprochen. Wie hat Ihr Land die deutsche Freiheitsbewegung erlebt? Wie haben Sie sie erlebt, und würden Sie heute nach 20 Jahren sagen, Ihnen war klar, was dort passierte? War Ihrem Land klar, was für ein Anfang dies war?

János Can Togay:

Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass Sie mich eingeladen haben, und ich möchte mich auch noch einmal bei Herrn Ministerpräsidenten Beck, Herrn Professor Dr. Grosser sowie bei Herrn Landtagspräsidenten Mertens bedanken, die aus verschiedenen Perspektiven etwas sehr Wichtiges angesprochen haben.



Herr Ministerpräsident, Sie sagten, dass Sie die Wiedervereinigung aus dem Jahr 1989 in die Perspektive von 1939 stellen. Dies beweist, dass Deutschland sich eine politische Ethik angeeignet hat und seine eigene Geschichte sehr bewusst erlebt und in eine sehr bewusste Dimension stellt. In dem Augenblick, in dem Sie einen Tiefpunkt der deutschen Geschichte mit einem Höhepunkt der deutschen Geschichte verbinden, verbinden Sie auch einen Tiefpunkt der europäischen Geschichte mit einem Höhepunkt der europäischen Geschichte. Ich finde, dies ist überaus wichtig.

Als überaus wichtig empfinde ich auch den Gedanken von Herrn Professor Dr. Grosser, der angesprochen hat, dass der Neuanfang Deutschlands damals auf einer ethischen Grundlage geschah und nicht auf einer nationalen Grundlage. Dies ist eigentlich ein Alleinstellungsmerkmal Deutschlands in Europa.

Herr Landtagspräsident, wenn Sie angesprochen haben, dass Europa damals den Deutschen vertraute – wir wissen, dies war

nicht so eindeutig –, dann hat Europa aber auch der geschichtlichen Erfahrung sowie der geschichtlichen und politischen Ethik vertraut, die die BRD in diesen Jahren herausgearbeitet hat. Es hat auf diese politische Ethik vertraut. Ich weiß wohl, dass es diesen großen Sog, dieses Verlangen, dem nur schwer zu widerstehen ist, gibt, sich als Nation, die genauso ist wie alle anderen auch, wieder in die Völkergemeinschaft einzugliedern. Ich bitte Sie, diese Verantwortlichkeit, die Deutschland in den letzten Jahren für sich herausgearbeitet hat, als eine europäische Errungenschaft auch weiterhin aufrechtzuerhalten und sie in den Zeiten der Nachwende auch weiterhin zu vertreten, damit Europa nicht einfach dort anknüpft, wo es einmal einen Kataklysmus gegeben hat. Ich bedanke mich bei Ihnen für diese Worte und für diese Ideen.

Was Ungarn anbelangt, möchte ich vielleicht vorab eines präzisieren. Natürlich wird Politik von Politikern gemacht, und natürlich gab es in Ungarn sehr pragmatische Politiker. Aber Sie haben gerade die Geschichte von der anderen Seite her angesprochen, nämlich ausgehend von dem Soldaten. Es wird sehr oft von der Pragmatik und dem Mut der Politiker gesprochen. Ich möchte Sie daran erinnern, was auch Frau Kozłowska schon des Öfteren angesprochen hat, dass nach dem Krieg verschiedene Völker in Osteuropa auf Volksebene – angefangen bei den Polen, über die Deutschen im Jahr 1953, bis hin zu den Ungarn 1956 – einen großen Einsatz für die Freiheit geleistet haben. Dies ist – wenngleich nicht direkt erfolgreich – keineswegs vergebens gewesen, das wissen wir aus der geschichtlichen Perspektive. Denn wenn 1989 irgendeinem ungarischen Politiker eingefallen wäre, die Grenzen nicht zu öffnen und die DDR-Bürger von irgendeinem Bahnhof zurück in die DDR zu verfrachten, dann hätte es sehr schlimm in der ungarischen Innenpolitik und in Ungarn selbst ausgesehen. Die ungarischen Politiker und das ungarische Volk haben die Ereignisse von 1956 nicht vergessen. Das Jahr 1956 schwebte über uns wie ein Damoklesschwert. Man kann natürlich auch schlichtweg verrückte Entscheidungen



treffen – aber die ungarischen Politiker haben keine verrückte Entscheidung getroffen, sie haben eine unter dem argwöhnischen Blick der ungarischen Bevölkerung logische Entscheidung getroffen.

Anke Plättner:

Ich danke Ihnen, Herr Togay. Herr Professor Dr. Grosser, Sie möchten darauf reagieren?

Professor Dr. Alfred Grosser:

Ich möchte zunächst einmal erklären, welche Bedeutung die Schlussakte von Helsinki 1975 hat. Ich gehörte zu jenen, die dem Abkommen viel zu skeptisch gegenüberstanden. In der Schlussakte gab es den so genannten „Dritten Korb“, den beide deutschen Staaten unterzeichneten, und dies waren die Grundfreiheiten. Ich war mir zunächst nicht bewusst, dass man sich auch in Polen und in Russland auf diesen Text berufen würde.

Polen befand sich in dieser Zwangslage, denn es lag zwischen der DDR auf der einen Seite und der UdSSR auf der anderen – und die DDR war ein Angstphänomen für Polen.

Wenn es einen deutschen Text gibt, der in den Geschichtsbüchern aller Gymnasien stehen sollte, dann ist es ein Text der ersten und letzten frei gewählten DDR-Volkskammer vom 12. April 1990, der leider völlig unbekannt geblieben ist, der aber aufzeichnet, was im Namen Deutschlands alles passiert ist: Judenmord, Russenmord, und es endet mit der Invasion der Tschechoslowakei im Jahr 1968. Dies ist ein wunderbarer Text über die deutsche Vergangenheit, vielleicht sogar der schönste.

Ich möchte noch eine kleine Anekdote einflechten, die mir ein amerikanischer General erzählt hat: Am Abend des 9. November befahl er in Berlin. In der Nacht kam ein russischer Oberst auf ihn zu und fragte: „Wenn uns die Deutschen angreifen, beschützt Ihr uns?“, denn die russischen Soldaten waren ohne jeden Befehl. Sie wussten nicht, was sie tun sollten, sie wussten nur, dass sie nichts tun durften. Es wäre durchaus möglich gewesen, dass sich die aufgestaute Wut an den russischen Soldaten entladen hätte. Glücklicherweise ist es nicht dazu gekommen.

Ich glaube, im Falle Ungarns muss auch gesehen werden, dass ein und derselbe Mann grausam und liberal sein kann. Ich denke an János Kádár, der den Volksaufstand von 1956 grausam niederschlagen ließ. Derselbe Mann erlaubte danach auch einige Liberalisierungen, vor allem der Wirtschaft – den so genannten Gulaschkommunismus. Ich glaube, in diesem Punkt wird der Unterschied zwischen Ungarn und der DDR deutlich: Die DDR war eine Diktatur mit Gefängnissen. Aber es hat weder die Schauprozesse von Prag gegeben noch das Blutbad von Budapest. Daher unterschätzt man heute in beiden Teilen Deutschlands, zu was der Kommunismus, der Stalinismus zumal, eigentlich fähig gewesen ist. Man hat es auf deutschem Boden nicht in diesem Ausmaß erlebt. Zwar war die DDR eine Diktatur

und ein Stasi-Staat, aber die größten Grausamkeiten des Stalinismus sind der DDR erspart geblieben. Ich glaube, dies erzeugt heute einige Missverständnisse über die Vergangenheit.

Professor Dr. Andreas Rödder:

Ich würde gern zwei Dinge ergänzen. Zu Ungarn: Der „Deutsche Herbst 1989“ ist nach all den katastrophischen Umwegen des 20. Jahrhunderts eine Zeit von geradezu historischer Schönheit, und es gibt eine ganz besonders anrührende Sequenz im Zusammenhang mit den Ungarn.

Als die deutschen Urlauber in Ungarn waren, als es immer mehr wurden und als klar wurde, dass sie nicht zurückfahren würden, sondern dass sie aus der DDR ausreisen wollten, haben der ungarische Ministerpräsident und der ungarische Außenminister eine Reise nach Bonn unternommen und sind dort am 25. August mit Herrn Bundeskanzler Kohl und Herrn Außenminister Genscher zusammengetroffen. Sie sagten vorhin völlig richtig: Politik wird von Politikern gemacht. Und auch bei diesem Zusammentreffen berichtete man ziemlich ausgiebig darüber, wie die wirtschaftliche Lage in Ungarn war und was man benötigte.

Darüber hinaus ging es um die Grenzöffnung. Damals hat Herr Bundeskanzler Kohl den ungarischen Ministerpräsidenten gefragt, was Ungarn dafür haben wolle. Daraufhin sagte Mehmet, Ungarn verkaufe keine Menschen. Ich finde, dies ist eigentlich einer der Momente, der auch für Ungarn im Herbst 1989 belegt wie sehr die Regierenden – wie Sie zu Recht sagen – damals unter der Beobachtung des Volkes standen.

Ich möchte aber noch einen anderen Gedanken hinzufügen: Wenn wir die Bedeutung der Freiheitsbewegungen darstellen, dürfen wir nicht vergessen, dass man Freiheit auch unter-

drücken kann. Wir neigen dazu zu sagen, die Deutschen hätten sich die Freiheit aus eigener Kraft erkämpft. Wir dürfen aber dabei nicht vergessen – umgekehrt würde eine historische Ungerechtigkeit daraus –, dass all dies natürlich nur möglich war unter dem Zeichen des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Das heißt, die polnische Bewegung von 1980 ist wichtig, aber dazu gehört auch der 13. Dezember 1981, nämlich die Verhängung des Kriegsrechtes. Sie hat zwar nicht zur sowjetischen Invasion geführt, aber letztendlich eben doch zur kommunistischen Unterdrückung der Freiheit. Die Freiheitsbewegung von 1989 war eben erst durch die Ereignisse von 1985 möglich, durch Gorbatschow und seine Politik, wenn auch – dies muss man auch sehr deutlich sagen – wider Willen; denn es ist nicht das Ziel von Gorbatschows Politik gewesen, den Zusammenbruch des Ostblocks herbeizuführen. Aber erst der – wenn auch eher aus Versehen – herbeigeführte Zusammenbruch des Kommunismus hat die Spielräume eröffnet, die Ungarn, Polen und Tschechen schließlich genutzt haben. Ich denke, dies muss man dazusagen; denn sonst würde in der Konsequenz des Gedankens die historische Ungerechtigkeit liegen zu fragen: Warum ist dies dann nicht schon viel früher geschehen? Dies konnten die Menschen aber nicht leisten, weil die Rahmenbedingungen andere waren.

Anke Plättner:

Ich würde gern noch einmal den Blick nach Mainz richten. Hier hängt die Fahne des Hambacher Festes.

Herr Mertes, eigentlich war die DDR für jemanden, der in Rheinland-Pfalz lebt, ziemlich weit weg. Das hat sich ziemlich schnell geändert, und auf einmal wurde aus dem Ruf „Wir sind das Volk!“ der Ruf „Wir sind ein Volk!“ Wie haben Sie das erlebt? War es etwas, das für die Menschen in Rheinland-Pfalz selbstverständlich war, und war auch das eine Selbstverständlichkeit, die mit dieser Fahne zu tun hatte?



Landtagspräsident Joachim Mertes:

Nein, es war für uns ein absolutes Wunder, dass die braven Deutschen hinter der Elbe aufstehen würden. Wir waren schon einmal im Rahmen eines Austauschs dort gewesen und wir haben die Menschen immer als eher folgsame Leute erlebt. Gleichwohl war der Druck, den sie ertragen mussten, um folgsam zu sein, meiner Meinung nach größer, als er jetzt beschrieben wird. Ich glaube schon, dass die DDR mit allen Mitteln gearbeitet hat, um die Menschen kaputt zu machen. Es reicht in einer zivilen Gesellschaft schon aus, wenn man jemandem die Arbeit wegnimmt. Man muss ihn nicht schlagen, man muss ihm einfach die Arbeit wegnehmen, man muss ihm den Führerschein wegnehmen, man muss ihm die Perspektive, die Beförderung nehmen. Es gibt so viele Nuancen von Druck, die damals in der DDR vorgeherrscht haben.

Wie haben wir das erlebt? Zum einen ungläubig; denn wir glaubten – ich sage es einmal mit diesem milden Spott –, wir Rheinländer sind sowieso liberaler als die Preußen. Die können gar keine

Revolution machen. Dies war ein weit verbreitetes – wenn auch kein böse gemeintes – Denken, ein Stammtischgefühl: Das können die gar nicht. Die Franzosen könnten eher eine Revolution machen als vielleicht die Rheinländer, aber wenn die es schon nicht können, wie sollen es dann die Sachsen können? Diese Denkweise hat in Deutschland vorgeherrscht. Dies mag heute lustig klingen, aber es ist in der Tat die Wahrheit.

Als es geschehen war, als es im Fernsehen zu sehen war, als es in der Presse zu lesen war, haben wir auf einmal begriffen, dass die Menschen in der DDR das, was wir in Rheinland-Pfalz symbolisch mit der Fahne des Hambacher Festes verbunden haben, ernst genommen und es umgesetzt haben. Ich erinnere mich an eine Szene in Leipzig, als Menschen auf den Dächern mit Klein-kameras ins Erste Deutsche Fernsehprogramm hinein Bilder über die Demonstrationsströme übertragen haben. Aus sämtlichen Gassen strömten die Menschen in die Innenstadt und es wurden immer mehr und mehr. Dass darüber in ganz Deutschland öffentlich berichtet wurde, hat letztendlich mit dazu beigetragen, dass sich die DDR-Führung zunehmend mit der Frage auseinandersetzen musste, wie es weitergehen sollte.

Ich glaube, dass es viele Kräfte gab, die begriffen haben, dass es nun vorbei ist, dass es aus ist, dass es so nicht weitergeht, oder aber es endet wie in Prag 1968 oder es endet wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989. Denn die Bewegung war zu groß. Wenn sich erst einmal 100.000 Leute auf einer Hauptstraße wie dem Leipziger Ring befinden, dann ist dies nicht mehr beherrschbar. Gott sei Dank muss es in der DDR-Führung ein paar Vernünftige gegeben haben, die am Ende die Vernunft an den Tag gelegt haben, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Aber all dies wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht rundherum schon so viele Vorbildaktionen abgelaufen wären, bei denen sich Menschen gewehrt und gezeigt haben, dass man etwas bewirken kann. Dies hat im Grunde genommen insgesamt die Bewegung erst möglich gemacht.

Wenn ich heute Besucher frage – das tue ich gern –, was Schwarz, Rot, Gold bedeutet, dauert es oft lange, bis sie die Antwort wissen. Aber Herr Professor Dr. Grosser, ich habe auch schon einmal Besucher in Dijon gefragt, was Blau, Weiß, Rot bedeutet. Dort haben sie ebenfalls 20 Minuten gebraucht, bis sie einen Lehrer fanden, der es erklärt hat.

Professor Dr. Alfred Grosser:

Wie haben sie gesungen? – Schwarz wie Pulver, Rot wie Blut, Gold wie die aufgehende Sonne der Freiheit. – Das war die Bedeutung.

Blau-Weiß-Rot sind die Farben des Königiums von Paris in die Klammer genommen. Das ist heute noch so.

Anke Plättner:

Herr Mertes sagte, die Rheinländer haben das den Sachsen und den anderen gar nicht zugetraut. Haben Sie den Deutschen eine solche Revolution zugetraut?

Jolanta Róża Kozłowska:

Nicht sofort. Die Wende vollzog sich aber auch nicht über Nacht. Ich erzähle Ihnen – und polnische Historiker und Zeitzeugen erzählen das auch heute noch gerne – von der Furcht der Deutschen, aller Deutschen, von den Deutschen aus der ehemaligen DDR und Westdeutschland vor einer möglichen Revolution. Ende der 70er Jahre – ich glaube es war das Jahr 1979 – habe ich erstmals Menschen aus Westdeutschland kennengelernt. Ich habe mit einem Schulorchester in der DDR gastiert, in Leipzig und Dresden. Ich erinnere mich noch an das graue Stadtbild und die schlechte Bausubstanz der Innenstädte. Ich konnte die Furcht der Menschen um mich herum förmlich spüren. Selbst westdeutsche Studenten trauten sich kaum, uns Schüler anzu-

sprechen; und es lag nicht an der Sprachbarriere. Es war insgesamt eine eigenartige Situation.

Während meines Studiums in Lublin habe ich dann Studenten aus der ehemaligen DDR kennengelernt. Sie kamen aus Leipzig, aus der Gemeinde von Pastor Magirius und studierten im katholischen Lublin an der Universität. Wir haben an einem gemeinsamen Projekt zusammen mit einer Gruppe italienischer Studenten gearbeitet und gemeinsam einen jüdischen Friedhof gepflegt. Wir, die Gruppe der polnischen Studenten, haben damals etwas naiv gefragt – wir kannten uns nicht sonderlich gut mit der Geschichte Deutschlands aus: „Wie ist das, warum wollt ihr euch nicht irgendwann wieder vereinigen? Es ist schließlich nicht normal, dass eine Nation geteilt wird.“ Da haben sie sich alle umgeschaut und keiner wagte zu antworten.

Im Jahr 1983 habe ich in einem Seminar in Polen eine Gruppe westdeutscher Studenten bei einem inoffiziellen Treffen kennengelernt. Unter ihnen waren zwei Studenten, deren Namen Sie wahrscheinlich kennen: Professor Johannes Masing – ein guter Freund von mir –, der jetzt Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist, und Thomas Kleine-Brockhoff, Washington-Korrespondent für „Die Zeit“ und andere Zeitungen. Wir haben damals über die Stellung Polens in Europa diskutiert und gingen den Fragen nach: „Wo sind wir eigentlich? Wo ist unsere Zukunft? Wohin steuert Solidarność, die sich ja im Untergrund befand? Was passiert mit der Sowjetunion?“

Die deutschen Studenten fühlten sich allesamt sichtbar unwohl, als wir mit ihnen über die Zukunft Deutschlands und eine möglichen Wiedervereinigung diskutieren wollten. Keiner von ihnen hat eine Vision für ein zukünftiges geeintes Deutschland entwickelt. Stattdessen antworteten sie, dass eine mögliche Wiedervereinigung der geteilten Teile Deutschlands nicht einfach zu realisieren sei. Zu kompliziert sei das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

Anke Plättner:

Für Sie war es selbstverständlicher als für die anderen?

Jolanta Róża Kozłowska:

Für uns war das selbstverständlich. Die Angst bei den westdeutschen Studenten, die war uns unverständlich, nicht die Angst der so genannten „Ossis“. Ich habe all das erst verstanden, als ich nach Deutschland kam. Ich glaube wirklich, dass Gorbatschow – obwohl es nicht allein Gorbatschow war, dem wir die Wende verdanken – vorhergesehen hat, dass es mit der Sowjetunion auf diese Art und Weise nicht weitergehen konnte.

Anke Plättner:

Lassen Sie vielleicht kurz Herrn Mertes darauf reagieren. Er wollte noch etwas sagen.

Landtagspräsident Joachim Mertes:

Sie dürfen nicht unterschätzen, dass mitten durch Deutschland der Eiserne Vorhang verlief und wir hier in Westdeutschland eine der am höchsten aufgerüsteten Regionen der ganzen Welt waren. Eine bewaffnete Konfrontation zwischen NATO und den Warschauer-Pakt-Staaten war in Westdeutschland keine virtuelle, sondern eine stets sehr präsente Gefahr. Deshalb führt zum Beispiel bis heute bei uns am Mittelrhein zwischen Mainz und Koblenz keine Brücke über den Rhein. Das war eine militärische Doktrin.

Der von Ihnen angesprochene „Mangel an Visionen“ hat viel mit dieser permanenten Bedrohungslage, die über viele Jahrzehnte hinweg bestand, zu tun. Viele von uns hatten sich damals mit diesem Westdeutschland abgefunden: Wir durften dort arbeiten, studieren und hatten unsere Freiheiten. Keiner wollte diesen westdeutschen Staat, das wunderbare Grundgesetz und diese Freiheiten leichtfertig aufs Spiel setzen.

Professor Dr. Alfred Grosser:

Es darf auch nicht vergessen werden, dass man erst sehr langsam zur Einheit gekommen ist. Die SPD hat noch im Januar 1990 bei ihrem Parteitag von Konföderation gesprochen. Günter Grass ist damals überhaupt noch nicht überzeugt, dass es eine Einheit geben soll.

Erst vonseiten Helmut Kohls kam dann die Beschleunigung, teilweise auch mit angebotenenem Geld für Gorbatschow und für die DDR. Aber dass es so schnell kommen würde, dachten auch viele im Osten nicht. Für Friedrich Schorlemmer und Bärbel Bohley beispielsweise war es nicht zwangsläufig, dass es die Einheit geben würde. Dann aber kam die Haltung auf: Wenn nicht die D-Mark zu uns kommt, gehen wir zur D-Mark. Das war dann das Ende der Illusion, es könne zwei deutsche Staaten geben.

Anke Plättner:

Es ist gut ausgegangen. Auch die Westdeutschen haben gelernt, dass die Ostdeutschen eine Revolution machen können.

Professor Dr. Andreas Rödder:

Ich würde gerne noch etwas über die Freiheit und Einheit im Herbst 1989 und 1990 anfügen. Freiheit und Einheit kommen nämlich in dieser Geschichte nicht unbedingt zusammen, sie trennen sich vielmehr. Zunächst treffen sie sich allerdings in der Bürgerbewegung in der DDR, in der zwei Strömungen zusammenfließen: zum einen die klassische Oppositionsbewegung, die schon länger in der DDR bestanden hatte und am Rande der Gesellschaft ganz im Griff der Staatssicherheit unter dem Druck und der Überwachung der staatlichen Sicherheitskräfte stand, und die im Sommer 1989 stärker wird. Das andere ist die Bürgerbewegung, diese Bewegung, die sich auf den Straßen der DDR sammelt, die Sie am deutlichsten repräsentiert finden in den



Montagsdemonstrationen in Leipzig, die relativ unabhängig von diesen Oppositionsgruppen, zumal in Berlin, ist.

Diese beiden Gruppen kommen in vier schönen und gelassenen Wochen im Herbst 1989 zusammen. Der erste große Tag ist der 9. Oktober in Leipzig, an dem die Staatsmacht vor der Bürgerbewegung in die Knie geht. Der nächste entscheidende Tag ist der 9. November, der Tag der Maueröffnung. Da zerbricht die Einheit der Bürgerbewegung schon wieder über die Frage der Deutschen Einheit.

Wir haben auf der einen Seite die Oppositionsbewegungen, die eine reformierte demokratisierte sozialistische DDR haben wollten, die finden sich im starken Maße am runden Tisch wieder. Das sind die, die im historischen Rückblick – womit überhaupt keine Wertung verbunden ist – auf das Abstellgleis gefahren sind. Dann haben Sie auf der anderen Seite die Massenbewegung, die bald skandiert, in Leipzig zumal: „Wir sind ein Volk!“ Sie verbündet sich dann mit der Bundesregierung unter Kohl, der diese Entwicklung

erspürt hat. Dieser mächtige Hauptstrom obsiegt dann in der Massenbewegung, aber die Bürgerbewegung zerbricht darüber.

Anke Plättner:

Herr Togay, es ist zuerst gesagt worden: „Wir sind das Volk!“, dann: „Wir sind ein Volk!“ Das eine musste nicht unbedingt aus dem anderen folgen. Es gab auch ohne Einheit viel mehr Freiheit in der DDR. Genug Menschen in der Bürgerrechtsbewegung wollten den dritten Weg und keine Wiedervereinigung. Wie haben Sie das aus ungarischer Sicht wahrgenommen? War es für Sie schwer vorstellbar, dass direkt eine Einigung folgte?

János Can Togay:

Diese Wende von dem einen Slogan zum anderen kam durchaus überraschend für mich. Zumal ich keinen sehr langen, aber einen beträchtlichen Teil meiner Kindheit in Leipzig verbracht habe, also um die Schauplätze wusste. Vielleicht konnte ich mir auch einige meiner ehemaligen Klassenkameraden vorstellen. Ich war Anfang Oktober 1989 auf einer kurzen Reise in Leipzig und habe einige ehemalige Klassenkameraden getroffen, die ich schon seit 20 Jahren nicht mehr gesehen habe. Sie haben mit mir über irgendwelche Montagsdemonstrationen gesprochen.

Ich habe mir Leipzig angeschaut – und war bestürzt. Ich habe eine Stadt vorgefunden, die völlig verfallen war. Kein Putz war mehr an den Häusern. Sie wirkten wie von einer Krankheit befallen. Das war wirklich unreal. Da saßen wir nun zu dritt in dieser vergrauten Welt – mit den gleichen Kameraden, mit denen wir vor 20 Jahren gemeinsam in der Pionierorganisation waren: der Uli, der von zu Hause aus bürgerlich erzogen war und immer, wenn politische Diskussionen stattgefunden haben, nur „mh, mh“ gesagt hat, weil er das von zu Hause aus anders erfahren hatte, und Uwe, dessen Vater Trainer im Sportverband war und der zu der Zeit ein ebenso politisch überzeugter DDR-Bürger war wie ich.

Zwar gab es kleine Vorboten. So stand etwa einmal eine Dame im Bild, als ich meinen ehemaligen Schulweg fotografieren wollte. Als ich sie sah, habe ich die Kamera weggesteckt – sie aber hat mir zugezwinkert und gesagt, dass man wieder fotografieren dürfe. Ich erwiderte: „Na, da ist aber etwas los hier!“ Dann bin ich nach Hause gegangen. Natürlich hatte ich auch die vielen DDR-Bürger im Sommer in Ungarn erlebt, ich wusste also schon, dass es brodelte in der DDR, überhaupt in Osteuropa. Trotzdem war es wirklich eine Überraschung, in Leipzig die Menschenmassen auf der Straße zu sehen mit diesem sehr einleuchtenden Slogan: „Wir sind das Volk, wir sind das Volk!“ Mit diesem Ruf haben Hunderttausende dem System seine eigene Ethik vor die Nase gehalten. Aber das revolutionäre Erbe von 1789, dass dann aus „Wir sind das Volk!“ „Wir sind ein Volk!“ wurde, das musste ich erst einmal verdauen.

Anke Plättner:

Jetzt sind wir 20 Jahre weiter. Jeder hat seine eigene Einheitsgeschichte, seine eigenen Erinnerungen. Wir haben das alle sehr bewusst erlebt. Es gibt aber unsere Kinder, die das nicht bewusst erlebt haben und die sich das gar nicht mehr vorstellen können, wenn man durch Berlin fährt, wo die Mauer war, dass es dort vorher Schwierigkeiten gab am Grenzübergang „Drei Linden“ oder „Checkpoint Charlie“. Meine Kinder schauen mich immer etwas ungläubig an, weil sie es gar nicht richtig nachvollziehen können, dass es da mitten in Berlin eine Mauer gab.

Brauchen wir deshalb für all diejenigen, die sich nicht so gut erinnern, ein Denkmal? Die deutsche Gesellschaft kämpft dafür, dass es ein Freiheits- und Einheitsdenkmal auf der Schlossfreiheit gibt, also auf dem großen Schlossplatz, auf dem nicht mehr die Ruinen vom Palast der Republik zu sehen sind. Es gab einen Wettbewerb, zu dem über 500 Entwürfe eingereicht wurden, aber keiner war so, dass man sagte, ja, das spiegelt das Gefühl wider und zeigt die Erinnerung an Freiheit und Einheitsbewegung. Brauchen wir das eigentlich, Herr Grosser?



Professor Dr. Alfred Grosser:

Ich habe es bei Ihrer Veranstaltung in Berlin gesagt, dass man es braucht. Es wäre sehr schön, wenn es dieses Denkmal gäbe; denn mit der Zeit wird vieles vergessen. Bereits jetzt gibt es Umfragen zufolge viele Schulkinder in Berlin, die gar nicht wissen, dass es einmal eine Mauer gegeben hat.

Wenn man von der Mauer spricht, denkt man immer nur an Berlin. Ich bin einmal an der Grenze entlanggefahren. Es geht ja um hunderte von Kilometern. Da war die Sperrzone, die immer von zwei DDR-Soldaten bewacht wurde; denn einem allein konnte man nicht vertrauen, es mussten immer zwei sein.

Ich glaube wie Sie, Professor Rödder, dass die eigentliche Bewegung, die intellektuelle Bewegung, nach der Wiedervereinigung wirklich enttäuscht war. Der neue französische Botschafter in Berlin, der dann neun Jahre lang geblieben ist, erzählte mir Folgendes: Ein paar Tage, nachdem er seinen Dienst in Berlin antrat, rief

er bei Frau Bohley an, der DDR-Bürgerrechtlerin, und besuchte sie. Sie fragte: „Warum kommen Sie zu mir?“ Und er antwortete: „Weil Sie Frau Bohley sind.“ Da habe sie geweint; denn Leute wie Frau Bohley sind heute nicht mehr gefragt.

Anke Plättner:

Herr Mertes, brauchen Sie in Rheinland-Pfalz ein Denkmal in Berlin, das an die Einheit erinnert?

Landtagspräsident Joachim Mertes:

Eigentlich bräuchte man ein Denkmal – sage ich einmal pathetisch – in den Köpfen der Menschen, damit sie bestimmte Dinge nicht vergessen. Aber das ist eine Hoffnung, die nicht lange tragen wird.

Der Landtag arbeitet viel mit Jugendlichen zusammen, gerade auch mit Blick auf die Erinnerungsarbeit. Alle Landtagsabgeordneten besuchen beispielsweise jährlich am 9. November Schulklassen und suchen das direkte Gespräch mit den jungen Heranwachsenden, um mit ihnen über die Verantwortung, die mit diesem Datum in der deutschen Geschichte verknüpft ist, zu sprechen. Wenn das alles nicht trägt, sind Denkmäler Orte, die bei der Vermittlung historischer Ereignisse und bei der Erinnerungsarbeit wertvolle Hilfe leisten können. Schauen wir uns das Beispiel des Denkmals für die ermordeten Juden Europas neben dem Brandenburger Tor an. Es war und ist sehr umstritten. Inzwischen ist es aber zu einer Erinnerungsstätte geworden, die von den Menschen angenommen wird.

Menschen brauchen Symbole, zu denen sie hingehen können und an denen sie innehalten können. Es muss ja nicht mehr so aussehen wie am Deutschen Eck in Koblenz, wo ein Kaiser von einem riesigen Sockel herab dräuend den Rhein hinunter blickt.

Ein Denkmal gibt oftmals den Anstoß, über eine bestimmte Sache nachzudenken. Und wenn es uns mit den zeitgenössischen Mitteln von heute gelänge, die Erinnerung an die Wiedervereinigung wachzuhalten und der jüngeren Generation näherzubringen, dann wäre ein solches Denkmal begrüßenswert. Wenn wie beim Jüdischen Museum in Berlin bestimmte Architekturformen dazu führen, dass wir anders über eine Sache denken, als dies im normalen Alltag der Fall wäre, dann hat ein Denkmal seine Aufgabe erfüllt.

Die Idee eines Denkmals, das der Deutschen Einheit gedenkt, geht in Ordnung. Es muss aber etwas gefunden werden, das über die Germania oder die Siegesgöttin hinausgeht, weil das die Ausdrucksformen der Vergangenheit sind. Wir brauchen eine neue Form, die all das Dramatische, das sich in Europa abgespielt hat, in sich bergen kann. Daran werden wir hart arbeiten müssen.

Professor Dr. Alfred Grosser:

Warum an diesem Platz das Berliner Stadtschloss neu gebaut werden soll, das jetzt wieder infrage gestellt wird, das kann ich nicht verstehen. Wenn Sie vom Jüdischen Museum sprechen, dann kann ich ganz brutal sagen, das Museum: ja, in seiner Architektur, die bewegend ist; nicht jedoch in der Ausstellung, die keinen Heinrich Heine kennt, die keinen Ludwig Börne, keine Rosa Luxemburg, keinen Karl Marx und keine Edith Stein kennt. Das große Denkmal aber ist für mich etwas Furchtbares. Wie sind die Juden getötet worden? – Durch Gas und durch Erschießung. Also macht man Grabmäler. Für mich ist das ist eine Verhöhnung der Art, wie ein Teil meiner Familie gestorben ist.

Anke Plättner:

Eine Frage an Herrn Togay. Man hat den Palast der Republik abgerissen. Man hätte vielleicht auch sagen können, an diesem

Platz: Das wäre das Denkmal gewesen. Welches Denkmal würden Sie sich wünschen?

János Can Togay:

Ich möchte zuvor noch einen kurzen Gedanken zur deutschen und europäischen Einheit hinzufügen. Das Bestreben des Zusammenwachsens war natürlich ebenso ein europäisches Bestreben, gerade auch vonseiten der osteuropäischen Staaten. Das heißt, wir wollten die Vereinigung Europas. Diese war aber ohne die Vereinigung Deutschlands nicht möglich. Deshalb versinnbildlicht die Einheit Deutschlands für uns Ungarn die Einheit Europas. Sie hat damit für uns Ungarn eine wichtige neue Qualität. Denn seit dem Friedensvertrag von Trianon aus dem Jahr 1920 ist Ungarn ein zerstückeltes Land. Bei uns ist immer noch nicht zusammengewachsen, was zusammengehört. Doch gerade unter dem Dach des vereinten Europas ist eine Annäherung Ungarns an seine ehemaligen Gebiete wieder denkbar, jedenfalls ist dies in einem vereinten Europa sehr viel eher möglich als in einem zerstückelten und getrennten Europa. Deshalb meine ich, dass die Deutsche Einheit doch eine gesamteuropäische Leistung war.

Wenn man ein solches Denkmal angeht, stellt sich natürlich die Frage, welche Qualität es haben soll und inwieweit es auch für die europäische Einheit stehen kann. Ist es möglich, ein Denkmal mit einer solchen Doppelfacette zu gestalten? Einerseits müsste es ja die Einheit Deutschlands in einer neuen Qualität, auf dem Niveau des 21. Jahrhundert darstellen, andererseits aber an den Einheitsgedanken anknüpfen, ihn vorwärts treiben und zur gleichen Zeit auch für die Einheit Europas stehen. Und wie ist das ästhetisch umzusetzen? Dies ist natürlich eine brenzlige Frage; denn es kommt nicht von ungefähr, dass von 500 Anträgen keiner angenommen wurde. Der Anspruch an ein solches Denkmal ist so groß, dass ich mir den Augenblick nur schwer vorstellen kann, in dem die Jury verkündet: Jetzt haben wir den perfekten Entwurf, darauf haben wir die ganze Zeit gewartet. Das kann ich mir

nur schwer vorstellen. Aber die Zeit wird so ein Denkmal gebären. Es wird sozusagen aus der Zeit heraus kommen.

Ich erinnere mich an den Augenblick, als der Palast der Republik abgerissen wurde. Nur die vier Treppenhäuser blieben für einige Monate bestehen. Diese vier in den Berliner Himmel ragenden Treppenhäuser sahen aus wie auf einem düsteren Stich von Piranesi. Dies war ein Denkmal des 20. Jahrhunderts. Es war ein Denkmal der Trennung, es war aber zugleich auch ein Denkmal der Wiedervereinigung. Es war überhaupt ästhetisch das Herausforderndste, weil es aus der Zeit organisch entstanden ist. Daraufhin bin ich zu meinem Schreibtisch gerannt und habe Herrn Wowerit einen Brief geschrieben. Aber in der Zwischenzeit habe ich immer soviel zu tun gehabt, dass es die vier Treppenhäuser zwei Wochen später nicht mehr gab. So viel über Denkmäler.

Anke Plättner:

Aber in Ihrem Kopf gibt es das Bild. Das ist wichtig.

János Can Togay:

Ich habe Fotos gemacht, wie viele andere auch.

Ministerpräsident Kurt Beck:

Erlauben Sie einen Zwischenruf? Ich ringe seit langer Zeit darum, dass wir, wenn wir über dieses Denkmal nachdenken, darüber reden, wie wir auch in Leipzig einen Teil dieses Gedenkens etablieren können. Ich fände es ganz schwierig, wenn die Anfänge irgendwo um die Nikolaikirche herum nicht in eine solche Überlegung einbezogen würden. Ich weiß im Detail auch nicht wie, aber ich würde es mir wünschen.

Jolanta Róża Kozłowska:

Herr Landtagspräsident, Sie sagten, Menschen brauchen Symbole. Ich stimme Ihnen da zu. Es gibt nur immer ein Problem. Ich

glaube, ein Symbol muss in einer Gesellschaft reifen. Es muss ein Prozess sein. Man kann sich nicht einfach darauf verlassen, dass eines Tages zehn Künstler zusammenkommen und ein Denkmal erschaffen. Nein, ich glaube, das ist schwieriger.

Es gibt Symbole, die wirklich zutreffend sind. Vorhin wurde der Aufbau des Berliner Schlosses erwähnt. Wir Polen haben das Warschauer königliche Schloss aus der Asche wieder aufgebaut. 1944 wurde es einfach gesprengt. Warschau ist mit diesem Schloss gestorben. Für uns Polen war es das Symbol einer langen Epoche. Im Jahr 1944 ist der Mythos von Polen, das Herz Polens, gestorben. Aber bis zum Wiederaufbau hat es seine Zeit gedauert. Mitten im tiefen Kommunismus haben die Polen, die im Ausland leben, das Projekt finanziell unterstützt. Sie haben sich sogar mit den Kommunisten geeinigt. Das war interessant. Es gab keine Unterschiede, alle haben gemeinsam beschlossen: Wir bauen es wieder auf. Aber dieses Projekt hat über 20 Jahre gedauert.

Ich finde, dies war eine gute Entscheidung. Wir haben jetzt wieder das Warschauer Schloss. Viele Touristen können kaum glauben, dass es wirklich ein neues Gebäude ist. Es steht im Herzen der Stadt als Sinnbild der alten Epoche, der Geschichte Polens, genauso wie die Malerei des 19. Jahrhunderts, die oft den Kampf um Polens Freiheit zum Thema hat.

Tausend Jahre haben wir um diese Freiheit gekämpft. Stellt man sich Europa als eine Wohnung vor, dann war Polen immer ein Durchgangszimmer in dieser europäischen Wohnung, nicht der Salon, nicht die Küche, sondern ein Durchgangszimmer, durch das immer der eine oder andere hindurchging und dabei die Ruhe, die Hausruhe, störte.

Anke Plättner:

Sie haben gesagt, Symbole reifen: Haben Sie das Gefühl, in Deutschland müssen wir noch ein bisschen warten, bis wir ein solches Symbol haben?

Jolanta Róża Kozłowska:

Vielleicht ja.

Jetzt zu einem anderen Denkmal: Johannes Paul II. ist wirklich ein Symbol. Er war unser Papst, unser polnischer Papst. Doch was machen wir Polen jetzt, nachdem er gestorben ist? Wir wünschen uns als Katholiken, als Gläubige, dass er heiliggesprochen wird. Aber zudem bauen wir Denkmäler wie versessen. Überall in Polen sprießen nun Denkmäler zu Ehren des Papstes wie Pilze aus dem Boden, manche sind kitschig, manche besser, manche schlechter. Viele Schulen, Universitäten und Institute werden nach ihm benannt. Ich frage mich – und ich glaube, das fragen sich viele: Hätte der Papst das wirklich gewollt? Ich glaube nein. Sein Denkmal liegt in seinem Glauben, seinem Werk, in allem, was er uns, nicht nur den Christen, sondern auch der Welt, gegeben und vorgelebt hat, was er geschrieben und wie er zu uns gesprochen hat. Das ist sein Vermächtnis und sein Denkmal.

Professor Dr. Alfred Grosser:

In Dresden wurde die Frauenkirche neu erbaut mit internationaler Unterstützung, und dies war ein Symbol einer wiedergeborenen Stadt. In Dresden ist damit etwas ganz Echtes gelungen, das Schloss in Berlin ist es nicht.

Anke Plättner:

Herr Professor Rödder, Frau Kozłowska hat soeben davon gesprochen, dass Symbole reifen. Es war schon merkwürdig zu sehen, dass wir Deutschen die Farben Schwarz-Rot-Gold eigentlich erst wieder bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 entdeckt und lieben gelernt haben und uns wieder getraut haben, damit auf die Straße zu gehen. Man kann sagen, das ist ein Ereignis des Sports, aber es spielten auch andere Dinge eine Rolle. Würden Sie sagen, dass die Zeit schon reif ist für ein Denkmal, oder ist es

gerade deshalb so schwierig, einen Entwurf zu finden, weil wir noch nicht genau wissen, wessen wir eigentlich gedenken?

Professor Dr. Andreas Rödder:

Wollen wir denn wirklich ganz genau und fein ziseliert wissen, wessen wir gedenken wollen? – Das ist doch eigentlich gegen den Sinn des Mythos. Wir haben soeben von Symbolen gesprochen, wir haben aber auch von Orten gesprochen. Wir haben von Hambach gesprochen. Welcher Unsinn wäre es doch, dort ein Denkmal zu bauen! – Dort steht doch das Schloss.

Wenn wir von einem Denkmal für die ermordeten Juden Europas sprechen, kann man vielleicht mit gutem Grund darüber streiten. Aber wenn wir in Berlin einen Erinnerungsort für den Mord an den Juden schaffen wollten, müssten wir ihn künstlich erschaffen; denn der Judenmord hat außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 stattgefunden und wir haben dazu in Deutschland keinen Ort.

Es gibt diese Erinnerungsorte in Leipzig und Berlin und es stellt sich für mich die Frage, ob wir irgendwelche Denkmäler schaffen müssen, die wir anschließend mit Bedeutung aufladen oder auch nicht. – Wir haben die Orte doch letzten Endes schon.

Im Herbst 1989 fanden im Grunde genommen drei Bewegungen statt: die Flüchtlingsbewegung, die Freiheitsbewegung und die Einheitsbewegung. Der Ort der Flüchtlingsbewegung ist das ungarische Sopron, wo im August 1989 das Paneuropäische Picknick stattfand, wenngleich das Denkmal am falschen Ort steht. Sie können aber auch sagen, es ist der Balkon der Prager Botschaft.

Was Leipzig anbetrifft, so bin ich ganz Ihrer Meinung. Aber warum müssen wir unbedingt ein Denkmal schaffen? – Wir haben doch die Nikolaikirche und den Nikolaikirchhof in Leipzig. Wenn es ein Symbol für die deutsche Frage und die Deutsche Einheit gibt, so steht es mitten in Berlin: das Brandenburger Tor.

Wir haben obendrein im vereinten Deutschland den Reichstag mit der Reichstagskuppel. Wenn Sie einmal überlegen, welche symbolische Kraft allein diese Orte entfalten, würde ich gern vor das Brandenburger Tor ganz groß schreiben: „Wir sind das Volk, und wir sind ein Volk!“. Ich finde, damit haben wir doch schon unser nationales Einheits- und Freiheitsdenkmal.

Anke Plättner:

Das waren klare und deutliche Worte. Herr Professor Dr. Grosser, sollte es einfach ein europäisches Denkmal sein?

Professor Dr. Alfred Grosser:

Das, was von ungarischer Seite gesagt wurde, würde ich sehr unterstützen. Es sollte ein europäisches Denkmal sein, aber man kann beides verbinden. Es geht um die Freiheit und Einheit von Europa.

Das Schlimme heutzutage ist, dass ein guter Teil der europäischen Politiker, darunter mein Präsident, vergessen haben, was 2004 geschehen ist, und sich sehr wenig um die ehemaligen Neuen von 2004 kümmern. Sie haben vergessen, dass sich Europa 2004 erweitert hat. Die Bundesrepublik hat lange Zeit gebraucht, mit ihren Bürgern die Einheit zu verinnerlichen. Man hat Überheblichkeit gezeigt und Bevormundung, dem armen Bundespräsidenten von Weizsäcker wurde vorgeworfen, über Lastenausgleich gesprochen zu haben, obwohl dies 1950 durch die arme Bundesrepublik gelungen ist, und anderes mehr.

Wenn ich ein westfälisches Gymnasium oder in eine westfälische Realschule besuche und frage die Schüler: Seid Ihr schon einmal in Paris gewesen? –, dann sagen sie: Natürlich waren wir schon in Paris. – Wart Ihr schon einmal in Leipzig? – Wieso, sollten wir? – Das ist heute noch der Fall in der ehemaligen Bundesrepublik West.



Anke Plättner:

Herr Mertes, ich würde Ihnen gern das Schlusswort geben. Können Sie in Rheinland-Pfalz noch daran arbeiten, dass die vergangenen 20 Jahre nicht vergessen werden und dass man vielleicht doch kein Denkmal braucht?

Landtagspräsident Joachim Mertes:

Hinsichtlich der Frage des Denkmals scheinen wir nicht alle die gleiche Meinung zu vertreten. Das ist aber auch nicht weiter schlimm; dies ist wahrscheinlich genau der Prozess, den man braucht, um sich zu vergewissern, was man tun möchte. Ich bleibe allerdings bei der Auffassung, dass die Menschen sichtbare Symbole brauchen, die in ihre Zeit passen.

Was können wir im Einzelnen tun? Die Politik muss – wie auch heute Abend – Anlässe bieten, bei denen wir die Gelegenheit haben, uns darüber auszutauschen. Wir haben einen ganz prakti-

schen Grund, optimistisch in die Zukunft zu schauen, und das ist das Vierer-Netzwerk. Es besteht aus einer Partnerschaft mit der polnischen Woiwodschaft Oppeln, einer Partnerschaft mit Burgund, die es seit 50 Jahren gibt, und zudem aus einer neuen Partnerschaft mit der Region Středočeský kraj – das heißt mit Mittelböhmen. Über das Vierer-Netzwerk hinaus unterhält das Land Rheinland-Pfalz eine Partnerschaft mit Ruanda. Dies ist für ein Volk von vier Millionen Menschen eine ganze Menge. Jede dieser Partnerschaften wird unterfüttert durch viele Organisationen in der Fläche, die jeweils auch ihre eigene Erinnerungskultur mitbringen.

Wenn Franzosen bei uns zu Gast sind, werden wir auch immer mit dem konfrontiert, was im Zweiten Weltkrieg geschehen ist. Wenn wir die Entwicklungspolitik und den Genozid in Ruanda betrachten, können wir sehen, wie Strukturen gegen Menschen arbeiten. Wenn wir mit unseren polnischen Freunden über Strukturentwicklungen sprechen, bleibt es nicht aus, auch in Lambinowice gewesen zu sein, wo die Deutschen im Jahr 1875 ein riesiges Kriegsgefangenenlager eingerichtet haben, in dem Russen zu Zehntausenden umgekommen sind, nach dem Krieg aber auch deutsche Soldaten. All dies ist eine Erinnerungskultur, die wir – um nicht von pflegen zu sprechen – bearbeiten. Das soll nicht vergessen werden. Dies ist das politische Ziel aller.

Anke Plättner:

Für die Schlussrunde möchte ich die Frage stellen: Was wünschen Sie Deutschland zum 20. Geburtstag des Mauerfalls?

Landtagspräsident Joachim Mertes:

Ich wünsche uns die Fortführung dieser europäischen Entwicklung. Sie muss intensiviert werden, gemeinsam mit unserer Nachbarschaft. Wir möchten keine Nation mit einem Sonderweg mehr sein, sondern wir leben mittendrin in diesem Haus, in dem Sie

Polen als Durchgangszimmer bezeichnet haben, Frau Kozłowska. Aber ich sage Ihnen: Auch viele Deutsche, besonders hier im Südwesten und am Rhein, haben die Situation des Durchgangszimmers empfunden. Solche Situationen wollen wir alle nicht mehr erleben. Die Zukunft wird gut, wenn wir uns einigermaßen respektieren.

Jolanta Róża Kozłowska:

Wenn wir schon ein Durchgangszimmer sind, dann zusammen mit den Franzosen und anderen Nachbarn. Das wäre das Beste. Wenn schon, dann gemeinsam. Ich glaube, die jüngere Generation Polens versteht, dass wir nichts Besseres bekommen können als die Europäische Gemeinschaft, die wir geschaffen haben. Wenn sie auch sehr viele Nachteile, viele Überreglementierungen und viel Bürokratie mit sich bringt, so ist es doch ein sehr schöner Gedanke, verankert in der Geschichte Europas zu sein. Das ist das Beste, das wir aus allen Erfahrungen mit Revolutionen ziehen können. Das ist die Solidarität, die Verantwortung für die eigene Geschichte, die Verantwortung für den Nachbarn. Vorteilhaft sind sicherlich auch die gemeinsame Währung und vielleicht auch eines Tages eine gemeinsame Sprache. Das darf man vor den Franzosen nicht laut sagen, aber irgendwann einmal werden wir uns in einer gemeinsamen Sprache verständigen, obwohl die Völker in Europa ihre eigenen Sprachen durchaus beibehalten und pflegen sollten.

János Can Togay:

Ich wünsche Deutschland Gesundheit und ein langes Leben! – Das wünsche ich allen Völkern in Europa. Ich wünsche mir, dass Deutschland die geschichtliche Erfahrung, die es gemacht hat – eine sehr schmerzhaft, sehr zusammengesetzte und sehr komplizierte Erfahrung –, erhalten bleibt. Sie ist zu einem europäischen Wert geworden. Ich möchte, dass diese Erfahrung uns Europäern erhalten bleibt und dass Deutschland diese Erfahrung

teilt. Wir brauchen diese Erfahrung. Es ist eine paradoxe geschichtliche Erfahrung und ich wünsche mir, dass Deutschland sie nicht vergisst und mit uns teilt.

Professor Dr. Andreas Rödder:

Die Revolution von 1989 war die Revolution der Bürger. Dies ist ein historisches Vermächtnis gegen obrigkeitlichen Zwang und staatliche Lenkung. Dies ist weder historisch noch in der Gegenwart eine Selbstverständlichkeit.

Dieses Vermächtnis, der Anspruch der Bürger, der zu guter Letzt auch ein moralischer Anspruch ist, ist das, was ich als Vermächtnis der Revolution von 1989 ansehe. Das ist das eine.

Das andere ist, dass diese Erinnerung in Deutschland erst nach 20 Jahren richtig aufkommt und sich zur Diskussion stellt. Dies ist gewissermaßen auch normal; es gibt solche Erinnerungszyklen. Ich wünsche mir aber, dass man diese Jubiläen nutzt, um Verständnis zwischen Ost- und Westdeutschen zu erlangen – einmal ganz zu schweigen davon, dass die Spaltung in der ostdeutschen Gesellschaft noch tiefer ist – und Interesse füreinander zu wecken, damit sich alle mehr füreinander und für die gegenseitigen Geschichten interessieren. Dies wäre das, was ich ganz konkret für die nächsten Monate bis zum 3. Oktober nächsten Jahres den Deutschen wünschen möchte.

Professor Dr. Alfred Grosser:

Ich wünsche Deutschland etwas ganz anderes. Es ist nicht gegen Sie, aber endlich habe ich einen Punkt, an dem ich nicht einverstanden bin. Es war eine Opposition gegen den Staat DDR. Die Gefahr in Deutschland besteht heute darin, dass man auch den Staat Bundesrepublik nicht mehr anerkennt, dass man ihm seine Legitimation abspricht, dass man sagt, unsere Vertreter vertreten uns gar nicht. Ich sehe umgekehrt die Gefahr in Deutschland,

dass der Bürger glaubt, er werde nicht mehr vertreten, seine Wahl würde nichts mehr bewirken usw. Ich würde also sagen, der Staat sollte als Vertreter der Bürger besser anerkannt werden, als dies momentan der Fall ist.

Mein zweiter Wunsch ist, der deutsche Sonderweg soll fortgesetzt werden. In Frankreich sage ich immer, Deutschland soll nicht werden wie die anderen, die anderen sollen wie Deutschland werden. Das heißt, sie sollen sich auf eine politische Ethik gründen.

Schließlich füge ich im Sinne meines letzten Buches, das dies nicht genug rügen kann, hinzu: Ich hoffe, dass in der Zukunft die Bundesrepublik ihre Außenpolitik frei macht und sich nicht mehr mit dem Wort „Auschwitz“ erpressen lässt.

Anke Plättner:

Herr Professor Dr. Grosser, ich danke Ihnen. Das war ein wunderbares Schlusswort. Die anderen sollen werden wie Deutschland, das beschämt einen fast.

Meine Herren, Frau Kozłowska! Ich bedanke mich ganz herzlich für die Diskussion. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr Interesse und hoffe, Sie können die Zeit bis zum 9. November und danach bis zum 3. Oktober intensiv mit dem Gedenken an diese wunderbare Zeit vor 20 Jahren nutzen. Ich danke Ihnen.

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 2

Privatisierung und parlamentarische Rechte
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 3

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“
1848 - eine europäische Revolution?
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 4

Parlamentsreform
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 1998

Heft 5

Sozialpolitik auf dem Prüfstand
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998
Mainz 1998
(vergriffen)

Heft 6

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus,
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999
Mainz 1999
(vergriffen)

Heft 7

Kirche und Staat.
Partner am Wendepunkt?
Podiumsdiskussion
Mainz 1999

Heft 8

Gedenkveranstaltung
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges
Mainz 1999

Heft 9

Verfassungsreform
Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000
Mainz 2000

Heft 10

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000
Kinder und Jugendliche im Holocaust
Mainz 2000

- Heft 11
Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 12
Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000
Mainz 2000
(vergriffen)
- Heft 13
Politik mit der Bibel?
Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 14. Dezember 2000
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 14
Länderverfassungen im Bundesstaat
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 19. Dezember 2000
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 15
Haushaltsreform und parlamentarisches Budgetrecht in Rheinland-Pfalz
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 16
Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 17
Was kann, was darf der Mensch?
Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik
Mainz 2001
(vergriffen)
- Heft 18
Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:
Die Rolle der Regionen
Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001
Mainz 2002
(vergriffen)
- Heft 19
Russlanddeutsche im Strafvollzug
Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. Oktober 2002
Mainz 2002
(vergriffen)
- Heft 20
Wider das Vergessen – Für die Demokratie
Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern
aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2003
Mainz 2003
(vergriffen)

- Heft 21
 Streitfall Pflege
 Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz
 Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003
 Mainz 2003
 (vergriffen)
- Heft 22
 Mit den Augen des Anderen
 Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva
 Ausstellung und Podiumsdiskussion
 im Landtag Rheinland-Pfalz am 3. Dezember 2003
 Mainz 2003
 (vergriffen)
- Heft 23
 „Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!“
 Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804
 Vortragsveranstaltung am 22. September 2004
 Mainz 2004
 (vergriffen)
- Heft 24
 Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914
 Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
 am 29. September 2004
 Mainz 2004
 (vergriffen)
- Heft 25
 Nur freie Menschen haben ein Vaterland
 Georg Forster und die Mainzer Republik
 Vortragsveranstaltung
 Mainz 2004
- Heft 26
 Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung
 Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass des
 Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005
 Mainz 2005
- Heft 27
 20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004
 Dokumentation
 Mainz 2005
- Heft 28
 Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz
 Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt
 im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005
 Mainz 2005
 (vergriffen)
- Heft 29
 Friedrich Schillers Politischer Blick
 Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag“
 im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005
 Mainz 2006
 (vergriffen)

Heft 30

Christoph Grimm
Reden 1991-2006

Eine Auswahl aus der Amtszeit des rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten
Mainz 2006

Heft 31

Die Präsidenten des Landtags 1946-2006
Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten
rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte
Mainz 2006

Heft 32

Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“
und seine demokratische Entwicklung
Eine Veranstaltung des Landtags und der
Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung
am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz
Mainz 2007

Heft 33

60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz
Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages
der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung
am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz
Mainz 2007

Heft 34

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2007
Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz
Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 35

„Packt an! Habt Zuversicht!“
Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz
und seinen Beitrag zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland
Mainz 2007

Heft 36

„Was bedeutet uns Hambach heute?“
Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007 und Präsentation
des Sonderpostwertzeichens „175 Jahre Hambacher Fest“
am 2. Mai 2007 im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007

Heft 37

„(...) Den sittlich, religiösen, vaterländischen Geist der Nation zu heben (...)“
Die Reformen des Freiherrn vom Stein
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 13. September 2007
Mainz 2007

Heft 38

„700 Jahre Wahl Balduins von Luxemburg zum Erzbischof von Trier“
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 7. Dezember 2007 im Kurfürstlichen Palais in Trier
Mainz 2008

Heft 39

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2008

Plenarsitzung, Ausstellung und Lesung mit Musik
im Landtag Rheinland-Pfalz

Mainz 2008

Heft 40

60 Jahre Israel –

zwischen Existenzrecht und Existenzbedrohung

Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 5. Mai 2008

Mainz 2008

Heft 41

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens

an die Opfer des Nationalsozialismus 2009

Plenarsitzung im Pfalzkrankenhaus Klingenmünster,

Ausstellung und Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz

Mainz 2009

Heft 42

60 Jahre Grundgesetz:

Fundament geglückter Demokratie

Festakt am 18. Mai 2009 im Landtag

aus Anlass der Zustimmung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Grundgesetz
am 18. Mai 1949

Mainz 2009

Heft 43

Auswanderung nach Amerika

Vortragsveranstaltungen zur Auswanderung aus Gebieten des

heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien am 10. Juli 2009

und zur Auswanderung in die USA am 15. September 2009 im Landtag

Mainz 2009

Heft 44

Die Folgen des Klimawandels für Rheinland-Pfalz

Aus der Arbeit der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des Landtags

Mainz 2010

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ

